

Funktioniert die "Interessengemeinschaft"? Bilanz eines Jahrzehnts deutsch-polnischer Beziehungen

Mildenberger, Markus

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mildenberger, M. (2001). Funktioniert die "Interessengemeinschaft"? Bilanz eines Jahrzehnts deutsch-polnischer Beziehungen. In W.-D. Eberwein, & B. Kerski (Hrsg.), *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000: eine Interessen- und Wertegemeinschaft?* (S. 113-148). Opladen: Leske u. Budrich. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-217229>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

erstellt für: Wolf-Dieter Eberwein/Basil Kerski (Hrsg.): Eine Interessen- und Wertegemeinschaft? Die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen 1949-1999 (erscheint voraussichtlich im Januar 2001).

Markus Mildenerberger

Funktioniert die „Interessengemeinschaft“? Bilanz eines Jahrzehnts deutsch-polnischer Beziehungen.

1. "An Gnesen genesen?" - Versuche der Sinnstiftung

Im symbolträchtigen Jubiläumsjahr 2000 wurde das „Millenium“ deutsch-polnischer Nachbarschaft gefeiert. Den Anlaß bot der tausendste Jahrestag der Gnesener Begegnung zwischen Kaiser Otto III. und dem polnischen Herzog Bolesław dem Tapferen am Grab des Heiligen Adalbert (Polska-Niemcy, 2000; Grala, 2000). Die Milleniumsfeierlichkeiten, die maßgeblich von den beiden Außenministerien koordiniert wurden, maßen dem Ereignis eine doppelte Bedeutung zu. Einerseits sollte es eine bereits tausendjährige Zugehörigkeit Polens zum christlichen Abendland belegen. Die Orientierung Polens zum „westlichen“ römischen Katholizismus (und damit gleichzeitig die Abwendung vom „östlichen“ Byzanz) werden damit in Analogie gesetzt zum gegenwärtigen Bestreben Polens, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Der polnische Außenminister Władysław Bartoszewski spricht von Polens „Wiedervereinigung mit Europa“ (2000 b: 14), die mit dem EU-Beitritt vollendet werde. Diesen Anspruch sollte ein Treffen der mitteleuropäischen Staatsoberhäupter am 12.3.2000, unter ihnen auch Bundespräsident Rau, bekräftigen.

Die zweite Bedeutungsebene betrifft die bilateralen Beziehungen Deutschlands und Polens: Das Treffen Ottos und Bolesławs wurde als erster „deutsch-polnischer Gipfel“ interpretiert, diene also der Sinnstiftung einer deutsch-polnischen Nachbarschaft der Gegenwart. Symbolisch unterstrichen wurde dies durch die Abhaltung der deutsch-polnischen Regierungskonsultationen in Gnesen am 27. April 2000.

Insgesamt wurden die Milleniumsfeierlichkeiten in der Öffentlichkeit beider Länder eher mit Skepsis perzipiert. Statt einer Aufbruchsstimmung überwogen in den Medien kritische Analysen zum aktuellen Stand der Beziehungen. Es war unübersehbar, daß auch die beteiligten politischen Repräsentanten ihre Schwierigkeiten mit der von ihnen geschaffenen „Milleniums“-Formel hatten. So wurde in Polen mit einer gewissen Bitterkeit registriert, daß der deutsche Bundespräsident Rau sich zurückhaltend zu einem religiös begründeten Europaverständnis äußerte, wie es im Bekenntnis zum Vermächtnis des Heiligen Adalbert zum Ausdruck kommt. Kritisiert wurde von den Medien, daß von deutscher Seite neben dem Bundeskanzler nur zwei Minister an den Regierungskonsultationen teilgenommen hatten, was die Zufriedenheit über die Wiederbelebung dieser Einrichtung – die letzten Konsultation lagen schon drei Jahre zurück – dämpfte (Brössler, 2000; Ludwig, 2000; Lesser 2000).¹

Ursprünglich als Zäsur gedacht, konnte die Formel von einem „Millenium deutsch-polnischer Nachbarschaft“ den Beziehungen keinen neuen Impuls geben. Mehr als fragwürdig ist die Analogie zwischen einem dynastisch-kirchenpolitischen Ereignis des Jahres 1000 und europapolitischen Entscheidungen moderner Demokratien des Jahres 2000. Gleiches gilt für die Stilisierung des Heiligen Adalberts zum spirituellen Übervater Mitteleuropas, die weder glaubwürdig noch brauchbar ist. Zu offensichtlich ist der wohlgemeinte Versuch, die Geschichte mit umgekehrtem Vorzeichen zu instrumentalisieren – "An Gnesen genesen", wie es der polnische Publizist Janusz Tycner auf den Punkt brachte (Tycner, 2000). Die Geschichte soll für die Gegenwart der deutsch-polnischen Beziehungen in Dienst genommen werden. Nachdem sie bis 1989 eine angeblich tausendjährige deutsch-polnische Erbfeindschaft belegen sollte ist nun die Rede von einer tausend-

¹ Michael Ludwig merkte kritisch an: „Aus Deutschland kommt mit Kanzler Schröder nur ein Rumpfkabinett – obschon es von Berlin nach Gnesen ein Katzensprung ist und man noch vor kurzem in Deutschland versicherte, mit dem Umzug nach Berlin sei die deutsche Republik ganz nahe an Polen herangerückt, so daß die Regierungen auch politisch besser in Tuchfühlung stehen können. Was immer die Gründe für das rudimentäre deutsche Personaltaleau gewesen sein mögen, nach ausgeprägtem Sinn für Partnerschaft sieht das aus polnischer Sicht nicht aus.“ (Ludwig 2000). Drastischer formuliert es Gabrielle Lesser (Lesser 2000): „Es liegt im ureigensten Interesse Deutschlands gute Kontakte zum immer stärker werdenden Nachbarn Polen zu pflegen. Durch Geringschätzung des Nachbarn, wie sie durch die Absage von gleich fünf deutschen Ministern zum Ausdruck kommt, wird die Zukunft aufs Spiel gesetzt: Es ist der Verrat Europas.“

jährigen Nachbarschaftstradition – selbstverständlich im europäischen Kontext (Borodziej, 1997: 17-18).

Dennoch erlaubt das mit großem medialen Aufwand propagierte Millenium Rückschlüsse über den derzeitigen Entwicklungsstand der deutsch-polnischen Beziehungen:

Erstens gibt es Anlaß zu der Frage, inwieweit Deutsche und Polen im Jahre 2000 tatsächlich zu einer gemeinsamen Erinnerung gefunden haben. Nach Meinung des Publizisten Kazimierz Wóycicki ist es von zentraler Bedeutung, "daß ein gelungener deutsch-polnischer Dialog zu einem tiefgreifenden Wandel des historischen Bewußtseins sowohl in der polnischen als auch in der deutschen Gesellschaft führen muß. [...] Der banal klingende Satz von der Überwindung der Stereotypen erfordert nicht nur eine neue Geschichtsschreibung der deutsch-polnischen Beziehungen, sondern auch in mancher Hinsicht eine neue Darstellung der Geschichte Deutschlands für die Deutschen als auch der Geschichte Polens für die Polen." (Wóycicki, 1996: 17)

Ein neues Geschichtsbewußtsein, wie Wóycicki es fordert, kann aber nicht auf neuen Mythen begründet sein, sondern sollte dazu beitragen, die Beziehungen auf eine rationalere, von Interessen geleitete Grundlage zu stellen. Solch ein Paradigmenwechsel erscheint am Ende des Jahrzehnts immer notwendiger, nachdem die deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren zuvor stark von historisierender Symbolik geprägt waren. Den gleichen Anspruch erhebt auch die Formel der "deutsch-polnischen Interessengemeinschaft", die schon im Jahre 1990 vom damaligen polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski geprägt worden war (Skubiszewski, 1990; Stolarczyk, 1998). Von "gemeinsamen Interessen" und einer "gemeinsamen Verantwortung für den Aufbau eines neuen, durch Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vereinten, freien Europa", spricht auch der deutsch-polnische *Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit* vom 17. Juni 1991 (Vertrag, 1991). Ein Jahrzehnt später jedoch lassen nicht nur der erneute Bezug auf einen historischen Mythos, sondern vor allem auch Warnungen vor einem wachsenden Mißtrauen zwischen Deutschland und Polen, am Bewußtsein und an der Funktionsfähigkeit einer deutsch-polnischen „Interessengemeinschaft“ zweifeln. Diese Untersuchung

zieht nicht nur eine Bilanz des ersten Jahrzehnts deutsch-polnischer Beziehungen nach dem Umbruch von 1989, sondern stellt die Frage nach den heutigen Rahmenbedingungen und Inhalten der „Interessengemeinschaft“. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Analyse der Auswirkungen des deutschen Regierungswechsels auf die bilateralen Beziehungen sowie auf die Europapolitik, die in immer höherem Maße das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen bestimmt.

2. Der deutsch-polnische Antagonismus bis 1989/90

Die Herausbildung des nationalstaatlichen Bewußtseins im neunzehnten Jahrhundert erfolgte unter anderem durch Abgrenzung über eine nationalistisch geprägte Geschichtsauffassung. Es bildete sich ein Antagonismus von deutschem und polnischen Geschichtsbewußtsein. Historische Prozesse wie z.B. die Ausbreitung des sogenannten „deutschen Rechts“ bei der Stadtgründung in Mittel- und Osteuropa wurden je nach Standpunkt als zivilisationsbringende „Ostkolonisation“ oder als expansionistischer „Drang nach Osten“ interpretiert und in der nationalen Auseinandersetzung verwandt (Wippermann, 1991).

Nach 1945 verhinderten die Erfahrung von Krieg, Okkupation und Vertreibung, sowie die Einbindung in zwei feindliche Machtblöcke eine gründliche Revision des historischen Bewußtseins (Wolff-Powęska, 1993). Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen entzündete sich immer wieder Streit an der unterschiedlichen Bewertung des Potsdamer Abkommens als abschließende und völkerrechtlich bindende Regelung oder als Übereinkunft unter Friedensvertragsvorbehalt (Jacobsen, 1976: 49). Insbesondere die polnischen Kommunisten verstanden es, den angeblich immerwährenden deutschen Expansionsdrang nach Osten, wie er in Revanchegelüsten der Vertriebenen zum Ausdruck komme, innenpolitisch zu nutzen. „Das Gespenst des deutschen Revisionismus [war] ein soziotechnisches Instrument, um das Volk an die kommunistische Herrschaftselite zu binden, vom totalitären stalinistischen Regime abzulenken sowie die Ursachen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen in Polen zu ver-

schleiern, aber auch antisozialistische Tendenzen einzudämmen" (Kołacki, 1992: 91; Wolff-Powęska, 1993: 45-141).

Auf beiden Seiten gab es jedoch politische Kräfte und Einzelpersonen, die sich für eine Versöhnung von Deutschen und Polen aussprachen (Kerski, 1999; Borodziej, 1997: 13-15). In der Bundesrepublik entwickelten sich zahlreiche gesellschaftliche Initiativen, die an der offiziellen Außenpolitik vorbei Kontakte nach Polen knüpften und somit die Voraussetzungen für einen Wahrnehmungswandel schufen. Polen wurde seit den siebziger Jahren zunehmend nicht mehr als sogenannter "Vertreiberstaat", sondern als Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands gesehen. Nicht nur in der Bundesrepublik sondern auch in Polen bewirkten Vorstöße der Kirche, aus Kreisen der Opposition aber auch von pragmatischer denkenden Parteivertretern, daß das antideutsche Paradigma an Bindewirkung verlor (Garsztecki, 1997; Wolff-Powęska, 1993 a; Kubiak, 1993). Es ist vor allem auf diese Vorbereitung "von unten" zurückzuführen, daß die Annäherungspolitik beider Staaten nach 1989 auf fruchtbaren Boden fiel.

3. Die Euphorie der neunziger Jahre

Mit dem Umbruch in Polen und in der DDR sowie der deutschen Vereinigung entstand eine günstige Konstellation für einen Neubeginn der Beziehungen:

- Infolge des demokratischen Umbruchs in Polen und der Wiedererlangung der staatlichen Einheit Deutschlands grenzte erstmals ein demokratischer deutscher Staat an einen demokratischen polnischen Staat ohne gegenseitige Gebietsansprüche.
- Erst in dieser Konstellation konnten sich die bilateralen Beziehungen entfalten. Zuvor war dies vom komplizierten Interessengeflecht von Bundesrepublik, DDR, Volksrepublik Polen und Sowjetunion blockiert worden. Die DDR war bei Kontakten zwischen Bonn und Warschau stets als "unsichtbarer, aber ständig präsenter Dritter" anwesend gewesen (Bingen, 1998: 323f). Bonns Polenpolitik war immer auch Deutschlandpolitik und erforderte deswegen Rücksichtnahmen, die in Polen Mißfallen erregen mußten.

- Die Realisierung der neuen außenpolitischen Westorientierung Polens konnte nur durch die Zusammenarbeit mit einem Deutschland erreicht werden, welches unverändert in die westlichen Strukturen integriert blieb. Diese Erkenntnis, die schon in der *Solidarność* angedacht worden war, setzte sich nach 1989 gegen anfängliche Bedenken der neuen politischen Elite Polens und Überlegungen einer Mittlerrolle zwischen dem Westen und Rußland zugunsten einer klaren Westorientierung durch.

Nach 1989 stand zunächst die Aufarbeitung der Geschichte im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Sie stellte einerseits eine Belastung dar, die es nun durch Versöhnung zu überwinden galt. Andererseits bot sie Anknüpfungspunkte, die zu einer Verdichtung der Beziehungen beitrugen.

Symbolischer Beginn der Versöhnungsphase war die Teilnahme der beiden damaligen Regierungschefs, Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki, an einer Versöhnungsmesse im niederschlesischen Kreisau am 12. November 1989. Die Symbolik dieses Ereignisses war nicht nur für die Versöhnung von Deutschen und Polen von Bedeutung (obwohl es zum damaligen Zeitpunkt keineswegs nur Zustimmung gab), sondern sie prägte die deutsch-polnische Dialogkultur der neunziger Jahre:

Die Versöhnungsgeste Mazowieckis und Kohls unterschied sich vom Kniefall Willi Brandts von 1970 durch ihre Gegenseitigkeit. "Bedeutsam war die Versöhnung auf Basis einer psychologischen Symmetrie von Schuld und Unrecht, welches von beiden Völkern während des Zweiten Weltkrieges begangen worden war" (Malinowski, 1997: 229-230). Eine gegenseitige Versöhnungsgeste implizierte ein beidseitiges Verschulden, wodurch ein starres Täter-Opfer-Schema aufgebrochen und der Weg für eine Aufarbeitung historischer Tabus geebnet wurde. Dies bezog die Vertreibung der Deutschen oder die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen mit ein, was vor 1989 undenkbar gewesen wäre.

Der Besuch des Bundeskanzlers war aber auch von Verstimmungen überschattet. Kohl widersetzte sich dem polnischen Wunsch, in der Gemeinsamen Erklärung vom 14.11.1989 (Kohl, Mazowiecki, 1989), also erst wenige Tage nach dem Mauerfall, bereits weitergehende, verbindliche Grenzgaran-

tien für ein vereintes Deutschland festzuschreiben. Damit war die erst wenige Monate im Amt befindliche polnische Regierung des ersten demokratisch gewählten Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki mit ihrem zentralen Anliegen, die explizite Anerkennung der Grenze zum Ausgangspunkt einer neuen polnischen Deutschlandpolitik zu machen, gescheitert und geriet infolgedessen innenpolitisch unter Druck (Malinowski, 1997: 228). Die Versöhnungsmesse auf dem niederschlesischen Gut der Familie des Hitler-Widerständlers, Helmuth James von Moltke, die vor allem auf deutschen Wunsch hin zustande gekommen war, sollte den bitteren Nachgeschmack wegen der - aus polnischer Sicht - unzureichenden Ergebnisse des deutschen Staatsbesuches, kompensieren helfen. Dieses Ziel wurde jedoch nicht erreicht und im November 1989 war von einem Durchbruch noch wenig zu spüren. Artur Hajnicz verweist darauf, daß auch die Versöhnungsgeste die kalte Atmosphäre zwischen beiden Seiten nicht erwärmen konnte. "Statt der tiefen Annäherung war ein Wind des Mißtrauens zu spüren" (Hajnicz, 1995: 45). Er begründete dies mit den überzogenen und dann enttäuschten Erwartungen, die beide Seiten in den Besuch des Bundeskanzlers legten. Aufgrund der geopolitischen Konstellation - Polen war noch Mitglied des Warschauer Paktes und Kohl konnte und wollte noch nicht für ein Gesamtdeutschland sprechen - sei ein Durchbruch jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht möglich gewesen (Hajnicz, 1995: 42-46). Michael Ludwig kommt sogar zu dem Schluß, daß es "im Vorfeld des Staatsbesuches des deutschen Bundeskanzlers in Polen, während dieser Visite und danach [...] zu einer Verschärfung der innerpolnischen Debatte zur Außenpolitik, insbesondere zur Politik gegenüber der Bundesrepublik" kam (Ludwig, 1991: 27).

Als ein weiterer symbolischer Höhepunkt der Versöhnung von Deutschen und Polen gilt die Ansprache von Bundespräsident Herzog anläßlich des Gedenkens an den 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes am 1. August 1994 in Warschau (Herzog, 1994). Der Jahrestag bewirkte in Polen eine lebhaft öffentliche Debatte über die Zweckmäßigkeit des Aufstandes gegen die deutschen Besatzer, der mit der fast völligen Zerstörung der Stadt und dem Tod von 200.000 Polen geendet hatte. Nach der Tabuisierung in kommunistischer Zeit konnte nun auch an der Rolle der sowjetischen Streitkräfte

Kritik geübt werden, die dem Untergang Warschaus weitgehend tatenlos zugeschaut hatten. Vor diesem Hintergrund wurde Präsident Wałęsa für die Einladung der Präsidenten Herzog und Jelzin (der sich nur vertreten ließ) von nationalen Gruppierungen und Opferverbänden scharf angegriffen, die zum Boykott und zu Gegenveranstaltungen aufriefen. Ferner wurde Wałęsa vorgeworfen, die Erinnerung an die tragischen Aufstandsereignisse zu mißbrauchen, um mit Blick auf die kommenden Präsidentschaftswahlen ein "internationales Politfest" zu veranstalten (Rzeczpospolita, Poległym należy się cisza, 29.7.1994). Bundespräsident Roman Herzog war sich der Widerstände gegen seinen Auftritt bewußt und versuchte ihnen entgegenzukommen (Rzeczpospolita, Wielki, poruszający gest, 27.7.1994). In seiner Rede betonte Herzog, der als erstes deutsches Staatsoberhaupt zu diesen Feierlichkeiten eingeladen worden war, ausdrücklich die Scham und die Trauer der Deutschen angesichts des millionenfachen polnischen Leides während des Krieges und endete mit den Worten: "Ich bitte um Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist" (Herzog, 1994). Der Auftritt des Bundespräsidenten, welcher die polnischen Erwartungen an eine derartige Geste erfüllte, fand in beiden Ländern ein überwiegend positives Echo und gilt seitdem als Meilenstein der Versöhnung zwischen Deutschen und Polen.

Noch heftigere Kontroversen gingen der Ansprache des polnischen Außenministers Władysław Bartoszewski ein Jahr später im Deutschen Bundestag voraus. Zuvor waren die polnischen Erwartungen enttäuscht worden, Staatspräsident Wałęsa werde nun als Antwort auf Herzogs Besuch zu den Fünfzigjahrfeierlichkeiten des Kriegsendes nach Deutschland eingeladen. Die Absicht von Bundeskanzler Kohl, ausschließlich Repräsentanten der Siegermächte einzuladen, nicht aber der übrigen Nachbarstaaten, die Opfer der deutschen Aggression geworden waren, führte nicht nur zu einer heftigen innerdeutschen Kontroverse über das historische Selbstverständnis Deutschlands, sondern belastete auch die Beziehungen zwischen Bonn und Warschau. In Polen rief die Entscheidung des Bundeskanzlers Isolierungsängste und das schmerzhaft bewußte Gefühl der Zweitrangigkeit in der deutschen Politik hervor, was deutlich mit der vorherigen Euphorie in den Beziehungen kontrastierte (Kerski 1999: 77ff). Um die diplomatischen Wogen

wieder zu glätten, wurde der polnische Außenminister Bartoszewski gebeten, am 28. April 1995 in einer Gedenkstunde vor Bundestag und Bundesrat zu reden. Der Publizist Basil Kerski wies auf die Hintergründe dieser Einladung hin, die im Prinzip in Opposition zur Haltung des Bundeskanzlers erfolgt sei: „Die Empörung der Opposition sowie von Teilen der Christdemokraten und der Liberalen [über die Haltung des Bundeskanzlers] führte zur Bildung einer überparteilichen Initiative zur Rettung des Ansehens Deutschlands. Dies führte zur Einladung des polnischen Außenministers durch Bundestag und Bundesrat.“ (Kerski 1995: 79).

Auch in Polen selbst war der Auftritt von Außenminister Bartoszewski – von den Verstimmungen im Vorfeld einmal ganz abgesehen – nicht unumstritten. Diskutiert wurde vor allem die Frage, ob auf die deutsche Vergebungsbitte durch Roman Herzog nun eine vergleichbare polnische Geste wegen der Vertreibung der Deutschen folgen müsse. So wie sechs Jahre zuvor anlässlich der Kreisauer Versöhnungsmesse überwogen die Stimmen, die eine Entschuldigung für unangemessen hielten. Eine Untersuchung des polnischen Meinungsforschungsinstitutes CBOS vom Mai 1996 bestätigte nachträglich dieses Bild. Auf die Frage, ob die Vergebungsbitte der polnischen Bischöfe von 1965 angebracht gewesen sei,² antworteten zwei Drittel der Befragten, daß es nichts gäbe, wofür die Polen die Deutschen um Vergebung bitten müßten (CBOS, 1996).

Kazimierz Wóycicki übte Kritik an dieser Haltung seiner Landsleute, "alles auf eine moralischer Skrupel entledigte Vereinfachung zu reduzieren, derzufolge alles Leiden, das Deutsche erlitten haben, durch die von Hitler begangenen Verbrechen gerechtfertigt ist. Gemäß dieser Haltung wäre allein schon die Absicht, nach von Polen an Deutschen begangenen Verbrechen zu suchen, mit einer verzerrten Sichtweise des Zweiten Weltkrieges identisch, demzufolge Gut und Böse ganz eindeutig verteilt sind." (Wóycicki, 1995: 140) In Polen, so Wóycicki, herrsche diesbezüglich „Unwissenheit und Gleichgültigkeit“, was die genannte Umfrage ebenfalls bestätigte: Fast die Hälfte aller Befragten gab an, überhaupt nichts von einer Vertreibung der

² Am 18. November 1965 hatten die polnischen Bischöfe sich mit den Worten "Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung" an ihre deutschen Amtsbrüder gewandt und waren dafür heftig kritisiert worden (Homeyer, 1993; Stroba, 1993)

Deutschen zu wissen. Unter Jugendlichen lag dieser Wert sogar bei 59%, eine Folge der jahrzehntelangen Tabuisierung des Themas (Borodziej, Hajnicz, 1998: 448).

Bartoszewski bewegte sich innenpolitisch also auf dünnem Eis, als er auf der Sondersitzung von Bundestag und Bundesrat am 28. April 1995 auch der vertriebenen Deutschen gedachte: „Als Volk, das vom Krieg besonders heimgesucht wurde, haben wir die Tragödie der Zwangsumsiedlungen kennengelernt sowie die damit verbundenen Gewalttaten und Verbrechen. Wir erinnern uns daran, daß davon auch unzählige Menschen der deutschen Bevölkerung betroffen waren und daß zu den Tätern auch Polen gehörten. Ich möchte es offen aussprechen: Wir beklagen das individuelle Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verlassen haben.“ (Bartoszewski, 1995: 49) Laut Basil Kerski (1995: 81) waren diese Worte der Anerkennung zwar eine überfällige, aber dennoch wichtige Geste eines polnischen Regierungsvertreters. Sie würde nicht nur den Vertriebenen entgegenkommen, sondern auch all denen, die sich um ein Bild der gemeinsamen Geschichte ohne weiße Flecken bemühten. Bei der Rede handelte es sich aber nicht um eine in Deutschland mancherorts erwartete und in Polen gefürchtete Vergebungsbitte von polnischer Seite. Bartoszewski selbst hatte im Vorfeld die Erwartung auf eine Entschuldigung gedämpft, indem er klarstellte, daß eine Antwort auf die Herzog-Rede nur durch den polnischen Staatspräsidenten hätte erfolgen können. Außerdem müsse einer eventuellen Entschuldigung der Polen eine Entschuldigung von Seiten der Siegermächte vorangehen, die in Potsdam die Vertreibung beschlossen hätten (Süddeutsche Zeitung, 26.4.1995). Das sich dennoch beide Seiten zufrieden zeigten, führt der Publizist Klaus Bachmann auf ein Mißverständnis zurück: Bartoszewski habe nicht um Entschuldigung gebeten, sondern Bedauern geäußert, was in Deutschland als eine Entschuldigung aufgefaßt wurde. "Artikeln in der polnischen Presse nach zu urteilen, haben die Polen nicht das Gefühl, daß sich jemand für etwas in ihrem Namen entschuldigt hätte, was ja auch tatsächlich niemand getan hat." (Bachmann, 1995: 147). Dennoch habe dieses Mißverständnis zwischen Deutschen und Polen den Dialog nicht erschwert, sondern ihn sogar vorangetrieben.

In Polen setzte in der Folgezeit eine intensive Beschäftigung mit dem Thema Vertreibung und damit eine Enttabuisierung und Entideologisierung des eigenen Geschichtsverständnisses ein. Höhepunkt war das zweijährige Forschungsprojekt "Der Vertreibungskomplex" (1995-1996) (Borodziej, Hajnicz, 1998), welches die einstigen Differenzen zwischen deutscher und polnischer Historiographie *ad acta* legen half. Inzwischen ist das Vertreibungsthema in Polen in einer Breite aufgearbeitet worden, welche die bis heute zu vernehmende Mahnung deutscher Vertriebenenfunktionäre, Polen solle sich seiner Vergangenheit stellen und Tabus offen aufarbeiten, obsolet erscheinen läßt.

4. Von der Euphorie zum neuen Mißtrauen?

Mitte der neunziger Jahre herrschte in den Beziehungen eine Aufbruchsstimmung, in der geradezu euphorisch die „gute Nachbarschaft“ und die „gemeinsame Zukunft in Europa“ beschworen wurde. Jedoch hatte sich mit der Zeit ein Inhaltsvakuum gebildet, in dem gerade historisch bedingte Probleme, wie z.B. die Zwangsarbeiter- oder die Vertriebenenproblematik, weiterhin ungelöst blieben. Dies stand im unübersehbaren Widerspruch zum Aussöhnungspathos beider Seiten, welches vor allem in der ersten Hälfte der neunziger Jahre den deutsch-polnischen Dialog bestimmte. Kritiker begannen von einem "Versöhnungskitsch" zu sprechen, mit dem Meinungsunterschiede nur verdeckt würden.³ Da beide Seiten den offenen Dialog scheuten hatten, konnten die kleinsten Risse in der Harmonie jederzeit zu Krisen auswachsen. „Warnungen, der deutsch-polnische Dialog bewege sich an der Oberfläche, viele alte Probleme seien nur vertagt, aber nicht gelöst worden und neue stünden an, auf die keine Seite vorbereitet sei, konnten die feierliche Stimmung nicht trüben“ (Bachmann, 2000: 855)

³ Bachmann (1994) wies auf die Widersprüche im "Versöhnungskitsch" der Beziehungen hin: Es dominierten "hohle Gesten, die mit viel bittersüßer Begleitmusik Meinungsunterschiede zukleistern sollen." Eigentlich könnten sich ja auch nur die polnischen Opfer mit den deutschen Tätern versöhnen, nicht umgekehrt. "Deutsche Politiker hindert das nicht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Versöhnung im Mund zu führen und diesen Begriff seines Inhaltes zu entleeren." Anstelle miteinander zu diskutieren "überzeugen sich germanophile Polen und polenfreundliche Deutsche gegenseitig davon, daß sie einander mögen, meist unter peinlicher Ausklammerung kontroverser Themen. Versöhnungskitsch gehobener Art."

Diese pessimistische Voraussage erfüllte sich im Mai 1998 mit dem Streit um eine Bundestagsresolution zur Vertriebenenthematik. Von vielen Experten wird er aus heutiger Sicht als Wendepunkt und Beginn eines wachsenden Mißtrauens zwischen Deutschland und Polen gewertet (Bachmann, 2000 a; Freudenstein, Tewes, 2000; Rak, 2000). Um die deutschen Vertriebenen war es nach ihrem erfolglosen Widerstand gegen das deutsch-polnische Vertragswerk von 1990 (Grenzvertrag) und 1991 (Nachbarschaftsvertrag) ruhig geworden. Dies änderte sich als 1998 die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach zur Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV) gewählt wurde und mit kontroversen Äußerungen in Polen rasch zu einer der bekanntesten und unbeliebtesten deutschen Politiker wurde (Ociepka 1999: 61f). Der aufgestaute Unmut entlud sich im sogenannten "Papierkrieg" um die Bundestagsresolution vom 28. Mai 1998 mit dem Titel *"Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheit sind eine Brücke zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn"* (Vertriebene, 1998). Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP wurde die Vertreibung als "großes Unrecht und als völkerrechtswidrig" verurteilt sowie ferner gefordert, die deutschen Heimatvertriebenen "beim Zusammenwirken Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn möglichst umfassend einzubeziehen." Vor allem die Formulierungen, wonach der Bundestag die Regierung auffordere, "sich auch weiterhin im Dialog mit den Regierungen unserer östlichen Nachbarstaaten für die legitimen Interessen der Heimatvertriebenen einzusetzen" und die Hoffnung geäußert wurde, der EU-Beitritt Polens werde "die Lösung noch offener, bilateraler Fragen erleichtern" und "die Folgen von Krieg und Vertreibung überwinden" helfen, mußte in Polen als ausdrückliche Rückendeckung für Vertriebenenpositionen verstanden werden. Die öffentliche Meinung Polens war zu diesem Zeitpunkt schon angespannt durch briefliche Rückerstattungsforderungen einzelner Vertriebenen und Forderungen der BdV-Vorsitzenden Steinbach, die deutsche Zustimmung zur EU-Osterweiterung von der Erfüllung der Vertriebenenforderungen auf Rückkehr und Eigentumserstattung abhängig zu machen. Anstelle darauf hinzuweisen, daß eine Verknüpfung bilateraler Vertriebenenansprüche mit dem EU-Erweiterungsprozeß nicht im deutschen Interesse liege, verabschiedeten die Regierungsparteien also eine Resolution, die – insbe-

sondere vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Kampagne des BdV – exakt das Gegenteil suggerierte. Die BdV-Vorsitzende Steinbach trieb die Aufregung auf die Spitze, als sie am folgenden Tag in einem Interview für das Hamburger Abendblatt argumentierte, Menschenrechte könnten "nicht nur für andere" gelten, "sondern auch für Deutsche" (Steinbach, 1998). Unter dem Druck der öffentlichen Meinung reagierte der Sejm mit einer Erklärung, welche "Doppeldeutigkeiten" in der Bundestagsresolution zurückwies und vor "gefährlichen Tendenzen" warnte (Sejm 1998). In scharfem Ton wurde die "Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen" und der "polnischen Eigentumstitel an Immobilien" gefordert, so als ob dies vom Bundestag bestritten worden wäre. Die plötzliche Abkühlung in den Beziehungen veranlaßte die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth zu einem Blitzbesuch in Warschau. Verantwortlich für die entstandene Verstimmung waren zunächst einmal die organisierten Vertriebenen, die durch ihre Doppelstrategie – Betonung des eigenen Versöhnungswillens bei gleichzeitigen diffusen Forderungen nach "Rückgängigmachung des Vertreibungsunrechtes" – immer wieder Verwirrung provozieren (Mildenberger, 2000). Für den politischen Schaden sind jedoch in erster Linie die politischen Entscheidungsträger beider Seiten verantwortlich: Einerseits die Betreiber der unangemessen scharf formulierten Gegenresolution des Sejm, die in der polnischen Bevölkerung Ängste vor deutschen Gebietsansprüchen verstärkte. Vor allem aber die Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP, die außenpolitisch als „Polens Anwalt auf dem Weg in die EU“ auftraten, innenpolitisch jedoch die Auseinandersetzung mit den Hardlinern in den Reihen scheuten und stattdessen eine Verschlechterung der Beziehungen zu Polen in Kauf nahmen. In den Jahren zuvor hatte die polnische Seite gegenüber diesen Rücksichtnahmen Zurückhaltung gewahrt. Um so überraschter reagierte man in Bonn, als Polen im Jahre 1998 diese unausgesprochene Übereinkunft nicht mehr einhielt und statt dessen mit einer Gegenresolution antwortete. Es handelte sich im Mai 1998 also nicht um einen mißlichen „Betriebsunfall“ wegen der politisch wenig relevanten Vertriebenenethematik, auch nicht einfach nur um eine bloße Kommunikationsstörung, sondern um einen ernstzunehmenden Hinweis für eine unterschiedliche Prioritätensetzung in Bonn und Warschau. Insofern gibt es eine Analogie zwischen dem "Papierkrieg"

von 1998 und den Verstimmungen im Vorfeld der Bartoszewski-Rede im Jahre 1995. In beiden Fällen wurden die Empfindlichkeiten und Interessen des polnischen Partners entweder überhaupt nicht wahrgenommen oder aber wissend mißachtet und damit Belastungen des Verhältnisses zu Polen in Kauf genommen.

5. Der Regierungswechsel in Deutschland 1998 – Einleitung eines Paradigmenwechsels?

Standen die Versöhnung und die Aufarbeitung historischer Tabus in den ersten Jahren noch ganz oben auf der politischen Tagesordnung, wurde in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsel in den deutsch-polnischen Beziehungen immer deutlicher. Der Diplomat und Deutschlandexperte Marek Prawda konstatierte eine „Leere nach der Versöhnung“ (Prawda, 2000). Schon vor Jahren hätte sich die Formel der Versöhnung als wichtigste Motivation in den Beziehungen erschöpft. „Der Übergang zur Partnerschaft erweist sich nun als schwierig, da die Instrumente, über die wir verfügen, immer noch auf 'Versöhnung' ausgerichtet sind. Nicht immer sind wir bereit, diesen Wandel zu akzeptieren.“ Beide Seiten seien stolz auf die erreichte Versöhnung und suchten nicht nach neuen Feldern der Zusammenarbeit. „Es ist eine Folge der fehlenden Gewöhnung an eine Partnerschaft, daß es keine ernsthaften Gespräche gibt und man sie nicht einmal für notwendig hält.“

Wie schwierig es den Akteuren der deutsch-polnischen Beziehungen fällt, einen Paradigmenwechsel zu vollziehen, zeigte sich im Zuge des deutschen Regierungswechsels im September 1998. Zunächst einmal führte er zu Verstimmungen zwischen der konservativen Warschauer Regierung und der neuen rot-grünen Regierung in Berlin. Enttäuscht über die Wahlniederlage des in Polen äußerst beliebten Helmut Kohl warfen Warschauer Politiker dem neuen Bundeskanzler Gerhard Schröder mangelnde Sensibilität für das historische Sonderverhältnis zu Polen und eine Abkehr von der proeuropäischen Haltung seines Vorgängers vor, als dieser "mehr Realismus" und eine stärkere Betonung deutscher Interessen in der Europapolitik ankündigte. Die politische Klasse schien nun vor den ungewissen Folgen eines Generatio-

nen- und Paradigmenwechsels zurückzuschrecken. Wesentlich gelassener reagierte die polnische Bevölkerung, wie Umfragen bewiesen: Danach befürchtete nur jeder sechste Befragte (17%) infolge des Regierungswechsel eine Verschlechterung der EU-Beitrittsbedingungen für Polen, nur jeder vierte (24%) befürchtete eine Verlangsamung des Beitrittsprozesses. Befragt nach den Auswirkungen des deutschen Regierungswechsels auf die bilateralen Beziehungen antworteten nur 21% mit "eher ungünstig" – verglichen mit der Aufregung auf der politischen Ebene kein hoher Wert. Bemerkenswert ist auch, daß die Bewohner Nord- und Westpolens, also der ehemaligen deutschen Gebiete, durchschnittlich positivere Erwartungen in den Regierungswechsel setzten, vermutlich weil man sich davon einen Bedeutungsrückgang der Vertriebenen versprach (CBOS, 1998).

Oberflächlich ist die skeptische Reaktion der konservativen Warschauer Regierungskoalition nicht zuletzt auf prinzipielle ideologische und historisch bedingte Vorbehalte gegenüber Grünen und insbesondere Sozialdemokraten zurückzuführen.⁴ Auch meinte man sicherlich, aus innenpolitischen Gründen prinzipiell gegen die Einforderung „deutscher Interessen“ protestieren zu müssen. Es äußerte sich darin aber auch die Enttäuschung über den Verlust des, durch jahrelangen Umgang vertrauten, Partners. Die Polenpolitik Helmut Kohls mit der von ihm geprägten Formel von Deutschland als "Polens Anwalt in Europa", ließ zwar einerseits nie die Asymmetrie zwischen beiden Ländern vergessen, verlieh Polen andererseits jedoch eine gewisse Sonderstellung gegenüber den anderen EU-Beitrittskandidaten. Da Kohl

⁴ Die Kritik richtet sich in erster Linie gegen die reservierte Haltung der SPD gegenüber der polnischen Opposition der achtziger Jahre aber auch ihre Bedenken gegen eine Erweiterung der NATO nach Osten. Selbstkritisch äußert sich Egon Bahr zur reservierten Haltung der SPD gegenüber der *Solidarność*: "Wir trauten der *Solidarność* nicht das Augenmaß zu, die Sehne nicht zu überspannen. Heute weiß ich, daß wir sie unterschätzt haben; damals haben auch andere einen Einmarsch der Sowjets in Polen für möglich gehalten, dem wir außer mit Protesten wieder nicht entgegengesetzt hätten. Wir haben dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski, den wir gut einschätzen konnten, geglaubt, daß Jaruzelski das Kriegerrecht sobald wie möglich aufheben wollte [...]. Das Mißverständnis zwischen Brandt und Wałęsa ist noch bereinigt worden. Aber insgesamt haben wir die Opposition in Polen nicht ernst genug genommen" (Dowe, 1993: 32). Eine kritische Einschätzung der Rolle der SPD findet sich auch bei Timothy Garton Ash: Die sogenannte "zweite Ostpolitik" der oppositionellen SPD der achtziger Jahre habe zu sehr auf den Dialog mit den kommunistischen Parteien des Ostblocks gesetzt. Man habe geglaubt, daß ein politischer Wandel nur von den Machthabern und nicht von politischer Opposition ausgehen könne. Trotz einiger Kontakte sei bei *Solidarność*-Vertretern der Eindruck entstanden, "daß, soweit es Anerkennung und Dialog betraf, westdeutsche Politiker ganz allgemein am Ende des westlichen Rudels mitliefen, und die Sozialdemokraten am äußersten Ende des hintersten Rudels." (Ash, 1993: 484).

dies stets mit der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für Polen begründet hatte, befürchtete man in Warschau nun, in einer stärker von deutschen Eigeninteressen bestimmten Außenpolitik der Regierung Schröder diesen günstigen Status zu verlieren.

Vor allem aber offenbarten die reflexartigen Warschauer Reaktionen auf die ersten Äußerungen von Gerhard Schröder ein immer noch tiefsitzendes Mißtrauen gegenüber "deutschen Interessen", die anscheinend als den polnischen Interessen entgegengesetzt verstanden wurden. Indirekt gab man damit also zu verstehen, daß man die Formel von der "deutsch-polnischen Interessengemeinschaft" nur für eine Phrase hält, deren Ausrufung zu Beginn der neunziger Jahre – folgt man dem Gedankengang – nur der Zähmung des schädlichen deutschen Egoismus diene. Selbstverständlich haben alle deutschen und polnischen Regierungen in erster Linie die Interessen ihres Landes verfolgt. Dennoch ist unübersehbar, daß gegen Ende des Jahrzehnts an die Stelle der Formel von der "deutsch-polnischen Interessengemeinschaft" eine defensivere Rhetorik getreten ist, die nicht mehr nach den gemeinsamen Interessen fragt, sondern vielmehr mit zweierlei Maß mißt. Gerade in Warschau, wo man so allergisch auf den Begriff "deutsche Interessen" reagiert, gehört es inzwischen zum politischen Standardrepertoire, von der "Verteidigung polnischer Interessen in Europa" zu sprechen.

6. "Das alte Geschichtsbild sitzt noch tief"

Nach den anfänglichen Mißtönen infolge des Regierungswechsels in Deutschland waren beide Seiten bemüht, durch eine Vielzahl von Kontakten Mißtrauen abzubauen. Höhepunkt sollten die erstmals gemeinsam begangenen Gedenkfeierlichkeiten zum 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1999 sein. Dieses symbolträchtige Datum schien wie kein anderes dazu geeignet, die Zweifel an der historischen Sensibilität der neuen deutschen Regierungskoalition zu zerstreuen. Die Außenminister des Weimarer Dreiecks trafen sich in Weimar, die Parlamentspräsidenten in Berlin und die Staatspräsidenten kamen zunächst in Frankfurt/Oder zusammen, um danach an der zentralen Gedenkveranstaltung auf der Danziger Westerplatte teilzunehmen. Noch zehn Jahre zuvor war der Besuch des da-

maligen Bundespräsidenten von Weizsäcker am Widerstand des Bundeskanzlers gescheitert. Rau war im Vorfeld seiner Reise bemüht, den Symbolcharakter seines Auftritts niedrigzuhängen, um damit die erreichte Qualität in den Beziehungen hervorzuheben. Er wolle kein besonderes Zeichen setzen, sondern "einfach nur kommen und zeigen, daß wir aus der Vergangenheit die Konsequenzen für das Wohl unserer gemeinsamen Zukunft gezogen haben" (Polityka, 4.9.1999). Im Unterschied zu den Reden Herzogs und Bartoszewskis sprachen die beiden Präsidenten in ihren Ansprachen von der Versöhnung als etwas bereits Erreichtem (Kwaśniewski, 1999; Rau, 1999). Rau dankte denen, die dazu beigetragen haben und Kwaśniewski sprach von Deutschen und Polen als "guten Nachbarn" und sogar Freunden. Ausdrücklich hervorgehoben wurde das Verbindende: die *Solidarność* als Wegbereiterin der deutschen Einheit und der Einsatz Deutschlands für eine Mitgliedschaft Polens in NATO und EU.

Der Besuch Raus war ebenso wie der von Kanzler Schröder, der am 3. September folgte, vom Ansinnen geleitet, einerseits ein Bekenntnis zur historischen Verantwortung Deutschlands abzulegen und gleichzeitig die Normalität gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu demonstrieren. Doch wiederum waren die Besuche von Mißtönen begleitet. Hintergrund war die Unzufriedenheit mit dem zähen Verlauf der Verhandlungen über eine Entschädigung für KZ-Opfer und Zwangsarbeiter. In Polen sah man dadurch den Vorwurf bestätigt, Deutschland wolle sich möglichst billig von seiner historischen Schuld und Verantwortung „freikaufen“. In dieser Atmosphäre brach nun eine publizistische Debatte über das Verhältnis zu Deutschland aus, welche die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zu dem Titel veranlaßte: "Das alte Geschichtsbild sitzt noch tief" (Ludwig, 1999). Dies bezog sich vor allem auf deutschlandkritische Stellungnahmen in der rechtsorientierten Presse, in der von regierungsnahen Publizisten die politisch korrekte Lesart der partnerschaftlichen Interessengemeinschaft in Frage gestellt wurde (Mildenberger 1999). So kritisierte die konservative Tageszeitung *Życie*, Polen käme an Jahrestagen wie dem 1. September allzu eilfertig den Deutschen entgegen. Diese seien bestrebt, ihre eigenen Verbrechen zu marginalisieren und statt dessen das selbst erfahrene Unrecht in den Vordergrund zu stellen. Aus Gründen der Opportunität müsse sich Polen diesem Geschichtsbild beugen,

da man sich andernfalls den Weg nach Europa verbauen würde, in dem Deutschland ja die dominierende Rolle spiele (Krasowski, 1999). Mittels seiner wirtschaftlichen Dominanz erkaufe Deutschland sich die polnische Versöhnungsbereitschaft, die keineswegs immer den Interessen Polens entspreche. Folge dieses regelrechten "Versöhnungsbusiness" sei ein völlig kritikloses Engagement für die deutsch-polnische Versöhnung (Kuczyńska, 1999). Es seien vor allem die opportunistischen Euroenthusiasten Polens, die Versöhnung "von oben verordnen" und ein "Spektakel unter dem Namen Versöhnung" veranstalten, um so schnell wie möglich in die EU zu kommen (Glaza, 1999).

Dieses Mißtrauen war nicht einfach eine Gegenreaktion auf das Versöhnungspathos der frühen neunziger Jahre. Es ging den Kritikern aus dem rechten politischen Spektrum keineswegs um eine Versachlichung der Beziehungen. Anstelle einer Interessengemeinschaft auf Basis der Aussöhnung, wohinter sie einen perfiden deutschen Manipulationsversuch zur Verwischung der Unterschiede zwischen Tätern und Opfern vermuten, forderten sie eine Geschichtspolitik auf Basis eines klaren Täter-Opfer-Verhältnisses. Polen solle aus seiner historischen Opferrolle politisches Kapital schlagen. Antoni Podolski, Politiker der *Wahlaktion Solidarność* (AWS), kritisierte in *Życie* die polnische Erfüllungspolitik gegenüber Deutschland: Durch das "duldsame Ertragen der Arroganz des Nachbarn" und eine verfrühte Vergebung entledige sich Polen der Möglichkeit "in der Außenpolitik historische Trümpfe und Jahrestage dazu zu nutzen, ein richtiges Bild unseres Landes in der Welt zu schaffen." Polen solle sich lieber am Beispiel Israels orientieren. Geschichte könne z.B. als moralisches Druckmittel im EU-Erweiterungsprozeß dienen, wo unverständlicherweise gerade die Deutschen harte Forderungen aufstellen würden: "Wenn die Deutschen z.B. fordern, das Recht der Polen auf Arbeit in der EU einzuschränken, dann scheinen sie zu vergessen, daß sie in den Jahren 1939-1945 gern von der Zwangsarbeit der Polen profitiert haben." Man müsse den Eindruck haben, daß "Polen im reichen Deutschland nur als Sklaven arbeiten können." (Podolski, 1999). Diese Positionen negierten nicht nur die "Interessengemeinschaft", sondern fielen auch weit hinter die Versöhnungsanstrengungen der vergangenen zehn Jahre zurück.

Der Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Michael Ludwig, verwies auf die Ähnlichkeiten dieser Argumentation mit der kommunistischen Propaganda vor 1989, als die ausstehende Anerkennung der polnischen Westgrenze als Beleg für die finsternen Absichten der Deutschen diene. Trotz der endgültigen Grenzankennung im Jahre 1990, wären rechts-katholische Koalitionspolitiker immer noch abgrundtief mißtrauisch. Es stelle sich die Frage, "ob ein aus der Geschichte rührendes Ohnmachtsgefühl die Feder führte oder ob das krasse Feindbild eine innenpolitische Funktion erfüllen, vielleicht den drohenden Verlust der Macht hinauszögern soll." (Ludwig, 1999)

Es ist jedoch zweifelhaft, ob antideutsche Feindbilder politisch noch zugkräftig sind. Umfragen zeigen, daß 1990 immerhin noch 50 % der Polen eine Versöhnung mit Deutschland für unmöglich hielten. Im Jahr 1999 war diese Gruppe auf nur noch 26 % geschrumpft, gegenüber 73 % Befürwortern einer Versöhnung (CBOS, 1999).

7. Die Interessengemeinschaft in der europapolitischen Defensive

Die genannten kritischen Äußerungen repräsentierten jedoch keineswegs die offizielle polnische Haltung. Auf Regierungsebene und von den politischen Eliten wurde und wird die Kooperation mit Deutschland zumindest in offiziellen Verlautbarungen nicht in Frage gestellt – so wie das umgekehrt in Deutschland für die Zusammenarbeit mit Polen gilt. Auch ist bei der Interpretation polnischer deutschlandkritischer Äußerungen Vorsicht angebracht. Vieles davon läßt sich mit einer politischen Kultur erklären, die noch manche Hypothesen aus kommunistischer Zeit aufweist (Garsztecki, 1999), oder ist einfach nur als „politische Folklore“ zu bewerten. Dennoch wiesen die genannten kritischen Stimmen auf einen allmählichen Stimmungsumschwung hin, der nicht nur das, Deutschland gegenüber traditionell reservierte, rechte politische Spektrum erfaßt hat.⁵

⁵ Sichtbar wurde dies z.B. an den Redebeiträgen der Abgeordneten des "Bündnisses der demokratischen Linken" (SLD) in der Sejmdebatte vom 4.11.1999 (www.sejm.gov.pl) zu Äußerungen des deutschen Verhandlungsführers Otto Graf Lambsdorff in den Zwangsarbeiterentschädigungsverhandlungen. (Siehe dazu auch Fußnote 13)

Das polnische Parteiengefüge ist in hohem Maße polarisiert. Derzeit wird Polen von der *Wahlaktion Solidarność* (AWS) regiert, einem Rechtsbündnis vieler kleinerer konservati-

Bedenklich ist vor allem, daß gerade die Europapolitik, wo sich die deutsch-polnische „Interessengemeinschaft“ bewähren sollte - allmählich zu einem belastenden Element für die Beziehungen wird (Kolarska-Bobińska, 1999). Die wachsende polnische Frustration über den sich in die Länge ziehenden Beitrittsprozeß – Polen so scherzt man bitter, sei immer genau fünf Jahre vom Beitrittsdatum entfernt - schlägt sich auch in einer kritischeren Einschätzung des deutschen „Anwalts“ nieder (Chichocki, 1999; Rak, 2000 a). Obwohl Polen sich selbst das Jahr 2003 als Beitrittsdatum gesetzt hat, die EU jedoch jede Bestätigung dieses Termins tunlichst vermeidet und ihn vielmehr von der Erfüllung der Beitrittskriterien abhängig macht, würde ein späterer Beitritt vor allem mit deutscher Blockadepolitik erklärt werden. In Polen ist man davon überzeugt, daß vor allem Deutsche (und Österreicher) gegen einen polnischen EU-Beitritt sind und diesen zumindest hinauszuzögern versuchen.⁶ In dieses Bild paßte auch der Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen, die EU-Bevölkerungen stärker in den Reform- und Erweiterungsprozeß einzubinden, was als Forderung nach einem Referendum über Polens Beitritt verstanden wurde.⁷ Nach Meinung von

ver, national-katholischer und liberal-konservativer Gruppierungen unter Federführung der Gewerkschaft *Solidarność*. Einigendes Band der programmatisch sehr unterschiedlichen AWS-Strömungen ist die Berufung auf ihre *Solidarność*-Herkunft und ein strikter Antikommunismus. Die Skepsis gegenüber Deutschland entspringt aus der Pflege nationaldemokratischen Gedankenguts, vor allem aber aus der traditionellen polnischen Geschichtsauffassung, wonach Polen stets das Opfer seiner Nachbarn gewesen sei. Auf der Linken steht der AWS das *Bündnis der demokratischen Linken* (SLD) gegenüber. Die Nachfolgeorganisation der polnischen KP versteht sich als sozialdemokratische Partei nach westlichem Muster. Auch an ihrer Basis leben antideutsche Reflexe fort. Einerseits sind dies Relikte der antideutschen kommunistischen Propaganda, die sich des traditionellen polnischen Geschichtsbildes zur Begründung des Revanchismusvorwurfes bediente. Andererseits handelt es sich dabei um vulgär-antikapitalistische Widerstände gegen den ökonomisch potenteren Nachbarn (Mildenberger 2000 a).

⁶ Ein ganz anderes Bild als diese pessimistische Einschätzung ergibt eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Emnid im Auftrag des „Spiegels“ (Spiegel 2000): Auf die Frage „Welche Beitrittskandidaten sollten in die EU aufgenommen werden, nannten über zwei Drittel der Befragten (66 %) Polen. Ähnlich hohe Werte erhalten auch die anderen Beitrittskandidatenländer mit Ausnahme Rumäniens (44 %) und der Türkei (46 %) (Spiegel 2000).

⁷ Widersprüchlich und zumindest mißverständlich waren die Äußerungen von Kommissar Verheugen in einem Interview für die Süddeutsche Zeitung (Verheugen 2000). Hier die betreffenden Passagen im Wortlaut:

SZ: *Es bleibt ein grundsätzlicher Einwand: Die ganze Ost-Erweiterung ist ein Eliten-Projekt, das den Menschen in West wie Ost übergestülpt wird.*

Verheugen: Das stimmt schon. Meine These ist ja auch, dass man speziell in Deutschland den Fehler nicht wiederholen darf, der beim Euro gemacht wurde. Der wurde ja geradezu hinter dem Rücken der Bevölkerung eingeführt. Ich war damals für eine Volksabstimmung. Sie hätte die Eliten gezwungen, aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen und im Dialog mit den Menschen für den Euro zu werben. Nun, bei der EU-Erweiterung dürfen wir nicht wieder über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden.

Außenminister Bartoszewski wäre ein Referendum nur "ein Vorwand, die Erweiterung hinauszuschieben." (Bartoszewski, 2000 a; Rak, 2000 b). Verärgert zeigte sich auch der ehemalige polnische Botschafter in Deutschland, Janusz Reiter: Verheugens Vorschlag sei politisch und moralisch falsch. Es sei nicht einzusehen, "daß die Deutschen darüber abstimmen sollten, ob die Polen Mitglieder der EU werden dürfen." (Reiter, 2000).

Der deutschen Argumentation, ein Beitritt läge auch im eigenem Interesse, schenkt man zunehmend weniger Glauben. Paradoxerweise glaubt dies in erster Linie die kleine Minderheit der offenen EU-Gegner, die hinter deutschem „Eigeninteresse“ stets expansionistische Absichten vermutet und vor einem Ausverkauf Polens warnt. Die Disproportion des wirtschaftlichen, militärischen und demographischen Potentials könne mit der "Vasallisierung" Polens und der Errichtung eines deutschen "Protektorats" enden (Jackowski, 1999).

Auch die deutsche Debatte über die EU-Osterweiterung läßt wenig vom Bewußtsein einer deutsch-polnischen „Interessengemeinschaft“ in dieser zentralen Frage erkennen. Daß es vergleichbar polemische Stimmen zu Polen in der politischen Öffentlichkeit Deutschlands nicht gibt, ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß die Sanktionsmechanismen für politisch unkorrekte Rede hier besser greifen. Doch unverkennbar ist, daß in der deutschen Erweiterungsdebatte der letzten Jahre aus dem einstigen Primus unter den Beitrittskandidaten inzwischen das polnische Sorgenkind geworden ist.⁸

SZ: *Soll es also ein Referendum über die Erweiterung geben?*

Verheugen: Über Verträge, die den Charakter des Staates verändern, etwa durch Abgabe von Souveränität, sollte es Volksentscheide geben. Gewiss, solche Referenden bergen Risiken. Dennoch bin ich dafür. Denn sie zwingen die Eliten, sich auch zu Hause mit der Europapolitik auseinander zu setzen und auf die Sorgen der Bevölkerung einzugehen. Und das ist bisher ja nicht der Fall. Allerdings ist ein solches Referendum derzeit in Deutschland nicht möglich. Dazu müsste die Verfassung geändert werden.

⁸ Als ein Beispiel von vielen sei hier der Artikel von Christian Schmidt-Häuer genannt, wo es in dramatisch-warnendem Tonfall heißt: Die deutsch-polnischen Beziehungen hätten ebenso wie Warschaus Wirtschaftswunder lange als europäische Bilderbuchgeschichte gegolten. „Jetzt aber rückt die Stunde der Wahrheit unaufhaltsam näher: Die EU muß sich ehrlich machen. In Brüssel platzen die Luftschlösser und auch ein paar Kragen. In Polen wächst die Panik. Berlin schweigt. Für den tiefen Sturz des Stimmungsbarometers haben Aussagen von EU-Vertretern und unabhängigen Wirtschaftsfachleuten gesorgt. Sie bekennen mehr oder weniger offen, daß sich die Osterweiterung und speziell Polens Aufnahme aller Voraussicht nach verzögern werden.“ Laut Schmidt-Häuer erweise sich jetzt, daß der langgehegte Vergleich Polens mit den Tigerstaaten Südasiens hinkt: „In Wirklichkeit

Es gehört inzwischen zum Standardrepertoire deutscher Politiker von einer hoffnungslos maroden polnischen Landwirtschaft zu sprechen, deren Anpassung an EU-Standards Milliarden Euro (aus deutschen EU-Beiträgen) verschlingen würde, obwohl diese Behauptung inzwischen längst widerlegt ist.⁹ Indem Politiker das Stereotyp des unterentwickelten Ostens bestätigen, lenken sie gleichzeitig davon ab, daß die stets angemahnte Reform der kostspieligen EU-Agrarpolitik (welche knapp die Hälfte des EU-Budgets verschlingt) weitgehend gescheitert ist.

Wie sehr mit zweierlei Maß gemessen wird, zeigt sich auch daran, daß Polens Forderung nach einer Übergangsfrist für den Grunderwerb durch Ausländer als irrational-nationalistischer Anachronismus dargestellt wird, während deutsche Politiker (auch der zuständige EU-Kommissar Verheugen) wie selbstverständlich fordern, den deutschen Arbeitsmarkt zunächst für Polen geschlossen zu halten, um den Sorgen der Bevölkerung vor einer Flut von Billiglohnarbeitern entgegenzukommen. Obwohl man inzwischen längst begründet davon ausgeht, daß größere Migrationsbewegungen infolge der Erweiterung nicht zu erwarten sind¹⁰, hält man die eigene Übergangs-

war Warschaus Tank immer nur halb voll,“ (Schmidt-Häuer, 2000).

⁹ Der Ökonom Jerzy Wilkin weist nach, daß nur ein kleinerer Teil der landwirtschaftlichen Betriebe Polens für den Markt produziert und damit von agrarpolitischer Relevanz ist. „Only a very few of Poland's family farms will enjoy development possibilities on the exceptionally tight European agriculture market. In order to prosper, many nominal farmers will have to secure an income outside agriculture, something which is already happening today on a mass scale, albeit with regional differences.“ (Wilkin, 1998)

¹⁰ Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung rät zu einer nüchternen Betrachtungsweise: "Die Einführung der Freizügigkeit für alle zehn Beitrittskandidaten wird nach den Ergebnissen unserer Basisprojektion eine anfängliche Zunahme der ausländischen Bevölkerung aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern um knapp 220 000 Personen p. a. in Deutschland und um 335 000 Personen p. a. in allen Mitgliedstaaten der gegenwärtigen EU bewirken. Diese Zahl wird innerhalb einer Dekade auf weniger als die Hälfte des ursprünglichen Niveaus sinken. [...] Befürchtungen, dass die EU nach Einführung der Freizügigkeit mit Migranten 'überschwemmt' werden könnte, sind nach diesen Berechnungen unbegründet." (DIW 2000).

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Quaisser, Hartmann, Hönekopp, Brandmeier, 2000: 122ff) verweist darauf, daß eine Zuwanderung gut qualifizierter Fachkräfte wegen der steigenden Nachfrage in den Beitrittsländern selbst und aus sprachlichen Gründen wenig wahrscheinlich ist. Insgesamt seien moderate Zuwanderungszahlen zu erwarten. Dennoch fordert die Studie die Einführung einer aktiv gestalteten und differenzierten Übergangsperiode, um "die gesellschaftliche Akzeptanz der Osterweiterung" zu erleichtern.

Małgorzata Szyłko-Skoczny (Stepniak 2000: 87f) weist in ihrer Stellungnahme zu dieser Studie darauf hin, daß es angesichts derartiger Prognosen keine überzeugenden Argumente für die Einführung einer Übergangsperiode gebe. Im Gegenteil würde eine Übergangsperiode erwünschte Prozesse behindern: "Generell betrachtet kann die Einführung einer Übergangsperiode den Prozeß des Niveaueausgleichs der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung, der Entwicklung der sozialen Infrastruktur, der Lebensstandardserhöhung, der Standards des Sozialschutzes und der sozialen Sicherheit im Rahmen der Gemeinschaft nur

forderung keineswegs für populistisch und irrational, sondern für ein geeignetes Mittel, stärkeren Widerständen gegen die Osterweiterung vorzubeugen. Daß dadurch eine der sogenannten Grundfreiheiten der EU, nämlich das Recht auf Freizügigkeit, für Polen ausgesetzt wird und somit dem Vorwurf der „Mitgliedschaft zweiter Klasse“ Vorschub geleistet wird, nimmt man in Deutschland leichtfertig in Kauf.

Auch ein anderes Argument deutscher Erweiterungsbefürworter, wonach nur durch die Osterweiterung politische Instabilität, Minderheitenverfolgung oder sogar kriegerische Auseinandersetzungen in unmittelbarer Nachbarschaft Deutschlands verhindert werden könnten, ist nicht dazu geeignet, Vorurteile über die Demokratiefähigkeit der östlichen Nachbarn abzubauen und Vertrauen zu schaffen. Im Gegenteil diffamiert es den politischen Wandel in den östlichen Nachbarstaaten, der stabile Demokratien hervorgebracht hat, die auch im Falle eines Nicht-EU-Beitrittes nicht gefährdet wären. Die EU-Osterweiterung ist keine Frage von Krieg oder Frieden, auch wenn das Pathos der neunziger Jahre diesen Eindruck erweckte.

Wie sehr sich die Regierung mit ihrer Position, wonach der Beitritt Polens im „ureigensten deutschen Interesse“ liege, innenpolitisch in der Defensive befindet, zeigt die Diskussion um ein Referendum über die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU (Spiegel 2000). Während die Regierung sich aus Angst vor einem Negativvotum der Bevölkerung auf die Verfassung zurückzieht, darauf verweist, daß die Deutschen "nicht über den Beitritt anderer zu bestimmen hätten" und vor dem Risiko einer "Spaltung Europas" warnt (Fischer 2000 a), sehen andere sich in ihrem Vorwurf bestätigt, die Osterweiterung sei ein reines Elitenprojekt. Es ist zu erwarten, daß die Opposition Osterweiterung und EU-Reform zu einem Thema ihres Wahlkampfes machen wird¹¹. Andererseits könnte die Regierung aus eben diesem Grund versucht

verspäten. Die Einführung einer Übergangsperiode bedeutet ungleiche Chancen für die Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsstaaten."

¹¹ Der bayrische Ministerpräsident Stoiber (CSU) kündigte in einem Interview bereits an, das Thema Osterweiterung zu einem Schwerpunkt des Bundestagswahlkampfes 2002 zu machen (Stoiber 2000): "Wir brauchen in Deutschland eine Debatte über die großen Chancen und Vorteile, aber auch über die Probleme der Ost-Erweiterung. Ein Volksentscheid wäre zwar ein Vehikel, eine solche Debatte auszulösen. Ich glaube aber, dass die Politik jetzt nicht Verfahrensfragen, sondern die Sache selbst in den Mittelpunkt rücken sollte und den Weg einer breiten, leidenschaftlichen Diskussion über die Fragen der Ost-Erweiterung gehen sollte. So wie das in Deutschland etwa bei der Wiederbewaffnung geschah. Es wäre unnatürlich, wenn wir über ein Thema solchen Ausmaßes quasi eine Tabuzone errichteten."

sein, wichtige Entscheidungen über den Wahltermin hinauszuzögern, was den Interessen der Beitrittskandidaten schaden würde.

8. Neue Impulse für die Interessengemeinschaft

Gegen Ende des Jahrzehnts überwogen pessimistische Prognosen zu den deutsch-polnischen Beziehungen. Es war von wachsendem „Mißtrauen“ (Bachmann, 2000 a) die Rede oder sogar davon, daß „das deutsch-polnische Tandem ins Straucheln gekommen ist.“ (Freudenstein, Tewes, 2000 a).

Diese Einschätzungen standen unter dem Eindruck aktueller Verstimmungen und lassen das dichte und gut funktionierende Netz institutioneller und persönlicher Kontakte sowie vor allem die immer engeren Wirtschaftsbeziehungen unberücksichtigt¹². Dennoch weisen sie zu Recht auf eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in den Beziehungen hin. Tatsächlich handelt es sich dabei um mehr als nur atmosphärische Störungen, sondern um strukturelle Belastungen, die sich – wie oben erläutert – aus den unterschiedlichen Rollen im Erweiterungsprozeß der EU ergeben.

Aber es stellt sich die Frage, ob das Nachlassen der Euphorie in den deutsch-polnischen Problemen wirklich auf Fehlentwicklungen in der jüngsten Zeit zurückzuführen ist. Vieles spricht dafür, daß es sich dabei eher um Nachwirkungen eines jahrelang versäumten Paradigmenwechsels handelt. Es war abzusehen, daß die letztendlich unverbindliche Harmonie der frühen neunziger Jahre infolge der konkreten EU-Beitrittsverhandlungen verblassen mußte. Indem weiterhin das Pathos einer "gemeinsamen Zukunft in einem friedlichen Europa" gepflegt und gleichzeitig strittige Fragen ausgeklammert wurden, kontrastierten die überhöhten Erwartungen an ein harmonische und reibungsloses deutsch-polnisches Verhältnis immer mehr mit den realen Problemen.

¹² Deutschland ist seit Jahren der wichtigste Handelspartner Polens. Der Gesamtumsatz wuchs 1999 um 4% auf 42,2 Mrd. DM. Der deutsche Export erreichte im gleichen Jahr 24,16 Mrd. DM, der Import aus Polen betrug 18 Mrd, woraus sich ein polnisches Handelsdefizit von 6,15 Mrd. DM ergibt. Polen wickelt mit der Bundesrepublik 31 % seiner Außenhandelsumsätze ab. Für Deutschland bleibt Polen der größte Handelspartner in MOE. Der Anteil Polens am deutschen Gesamtimport betrug 1999 2,08 % und am deutschen Gesamtexport 2,43%. Aus: Polens Wirtschaftsdaten 1999. Presseinformation der Wirtschafts- und Handelsabteilung der Botschaft der Republik Polen.

Wie aber steht es im einzelnen um die deutsch-polnische Interessengemeinschaft? Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung attestiert eine „wachsende Entfremdung“ und führt dies unter anderem darauf zurück, „daß die Konzeptionslosigkeit der Regierung Schröder gegenüber Polen immer deutlicher zu Tage tritt.“ Anstelle Zukunftskapital aufzubauen und konkrete Schritte der Zusammenarbeit zu forcieren pflege man Rituale (Freudenstein, Tewes, 2000 a: 6f). In vier Themenkomplexen sieht die Studie Ursachen für eine zunehmende Entfremdung zwischen Deutschland und Polen: die Belastung des Verhältnisses durch Vertriebenforderungen, die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, die Diskussion um die Rückgabe von Kulturgütern und die EU-Osterweiterung. Wesentlich optimistischer ist dagegen die Einschätzung von Krzysztof Malinowski vom Posener Westinstitut, der feststellt, daß sich „ein Jahr nach Amtsantritt der Regierung Schröder/Fischer [...] die meisten polnischen Vorbehalte und Befürchtungen als unbegründet erwiesen haben. Es fällt schwer, Elemente der Diskontinuität [zur Vorgängerregierung, M.M.] auszumachen“ (Malinowski, 2000: 141). Positiv bewertet er insbesondere „neue Akzente im Umgang mit der Aufarbeitung und Überwindung des geschichtlichen Erbes im deutsch-polnischen Verhältnis.“

Unbestritten leitete der Regierungswechsel in Deutschland einen Generationenwechsel und damit auch eine Akzentverschiebung in der deutschen Politik gegenüber Polen ein, auch wenn die Folgen je nach politischem Standpunkt unterschiedlich gewertet werden. Einige konkrete politische Entscheidungen der letzten zwei Jahre geben jedoch Anlaß zu einer optimistischeren Prognose, als die oben zuerst genannten:

8.1. Entschädigung von Zwangsarbeitern

Ein Fortschritt war das Vorhaben zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern. Zuvor war lediglich eine Summe von 500 Millionen DM über die neugegründete *Stiftung deutsch-polnische Versöhnung* als humanitäre Hilfe ausgezahlt worden. Ein Lösung dieser Frage wurde erst möglich, als SPD und Grüne 1998 die Einrichtung einer *Bundestiftung NS-Zwangsarbeit unter Beteiligung der deutschen Industrie* als Ziel in die Ko-

litionsvereinbarung aufnahmen (Ahlefeld 1999). Die deutsche Seite betrachtete die Zwangsarbeiterthematik wegen des polnischen Reparationsverzichts immer als abgeschlossen. Aus polnischer Sicht waren Individualansprüche davon jedoch nicht betroffen. Allerdings gab es zwischen Polen und Deutschland einen Konsens, individuelle Ansprüche nicht geltend zu machen. Die Einrichtung der Versöhnungstiftung war immer als humanitärer Schlußpunkt verstanden worden. Auch die Regierung Schröder dachte an eine weitere humanitäre Geste, während die polnische Seite von Rechtsansprüchen für nicht ausgezahlten Lohn sprach. Die Industrie reagierte jedoch zunächst nicht auf das Regierungsvorhaben und trat erst nach Sammelklagen in den USA an den Bundeskanzler heran. Durch die zähen Verhandlungen, die sich vor allem um die Summe und die Frage der Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen drehten und die sich bis Juni 2000 hinzogen, geriet die ursprüngliche Motivation des Vorhabens in Vergessenheit. Bezeichnend für die Dialogkultur zwischen Polen und Deutschland war eine völlig konträre Wahrnehmung. Die öffentliche Meinung Polens und Deutschlands ignorierte sich gegenseitig. "Der polnische [Zeitungs-] Leser weiß nun, daß die Deutschen am liebsten ihre Vergangenheit vergessen würden. Sie wollten ein paar Pfennige opfern, um dann endlich Ruhe zu haben und ihren Geschäften nachzugehen – wenn nötig auch auf Kosten Polens. Der deutsche Leser glaubt, daß die Beziehungen zu Polen vorzüglich seien, da man wieder einmal zum Scheckbuch gegriffen und sich zu seiner Schuld bekannt habe." (Bachmann, 2000). In Polen unterstützte man vorbehaltlos die polnische Verhandlungsdelegation, die anfangs mit überzogenen Forderungen – es war von 48 Milliarden DM allein für die polnischen Zwangsarbeiter die Rede – die Erwartungen in die Höhe trieb. Kritische Stimmen, die nach den Auswirkungen auf die deutsch-polnischen Beziehungen fragten, gab es kaum. Die Berichterstattung der polnischen Medien vermittelte den falschen Eindruck, daß es umgekehrt auch in Deutschland einen übergreifenden Konsens gebe, sich möglichst billig aus der Verantwortung stehlen zu wollen. Die vielschichtige innerdeutsche Diskussion, die starken moralischen Druck auf die Industrie ausübte, wurde in Polen nicht wahrgenommen. Umgekehrt ignorierte man in der deutschen Diskussion, daß ein Ausschluß von in der Landwirtschaft eingesetzten Zwangsarbeitern aus den Entschädigungszah-

lungen mit der Argumentation, polnische Landarbeiter seien eine "natürliche historische Erscheinung" (so der deutsche Verhandlungsführer Otto Graf Lambsdorff), von Polen als Affront aufgefaßt werden mußte. Während sich die deutschen politischen Eliten öffentlich weitgehend in *political correctness* übten, ließen sich nicht wenige polnische Politiker unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu antideutschen Reflexen hinreißen.¹³ Dennoch ist der Lärm, der die Verhandlungen begleitet hatte, inzwischen weitgehend verklungen. Während man sich in Deutschland noch über die mangelhafte Zahlungsbereitschaft der Industrie Sorgen macht und eine Blamage abzuwenden versucht, bereitet sich Polen organisatorisch vor, um die Auszahlungen für die betagten ehemaligen Zwangsarbeiter nicht zusätzlich zu verzögern. Dort überwiegt eher das Gefühl einer "gemäßigten Zufriedenheit" über die Einigung.¹⁴ Obwohl das positive Signal, welches von der Entschädigungsregelung unmittelbar hätte ausgehen können, durch den Verhandlungsmarathon und die nicht kompatible Wahrnehmung in Polen und Deutschland zunächst vertan wurde, wird sich die für beide Seiten tragbare Regelung – nicht nur wegen ihres humanitären Charakters – langfristig positiv auf die Beziehungen auswirken. Äußerst optimistisch äußerte sich Außenminister Bartoszewski: "Das Kriegskapitel der gemeinsamen Geschichte dürfte mit dem Abkommen über die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter endgültig abgeschlossen sein." (Bartoszewski, 2000 b: 11).

¹³ Siehe dazu das Protokoll der Sejm-Sitzung vom 4.11.1999. Parteiübergreifend wurden hier die Äußerungen des deutschen Verhandlungsleiters Otto Graf Lambsdorff zu den polnischen Landarbeitern als "Provokation", "Skandal", "Scheinheiligkeit" kritisiert und in den Zusammenhang von Vertriebenenforderungen und der EU-Integrationspolitik gestellt. Dabei war die Kritik von Abgeordneten der rechten AWS wie des postkommunistischen SLD gleichermaßen scharf formuliert. Siehe z.B. die Wortmeldung des Abgeordneten Władysław Adamski (SLD): "Einerseits spricht man von der deutsch-polnischen Aussöhnung – eine These, die auch ich vertrete. Andererseits jedoch verweigern namhafte deutsche Politiker polnischen Landarbeitern, die Zwangsarbeit für das Dritte Reich zu verrichten hatten, eine Entschädigung. Und dabei behaupten sie auch noch, daß dies eine Wohltat für sie gewesen sei. Und noch schlimmer ist, daß einige dieser Politiker Polen als Reservoir billiger Arbeitskräfte für die Zukunft betrachten. Meine Frage lautet: Ist dies das Ziel der Integration mit der Europäischen Union – zumindest aus Sicht mancher deutscher Politiker?" (eigene Übersetzung, M.M.)

¹⁴ In der Tageszeitung *Rzeczpospolita* wies Krzysztof Gottesmann wies auf das hohe Alter der Zwangsarbeiter und die eher symbolische Höhe der Entschädigung hin. Die über anderthalbjährigen Verhandlungen seien für die deutsch-polnischen Beziehungen nicht hilfreich gewesen. "Viele verletzte Worte sind in dieser Zeit von deutscher Seite aus gefallen. [...] Auch wurde versucht, auf die polnische Seite Druck auszuüben, indem die Unterstützung für das Streben nach Mitgliedschaft in der Europäischen Union von einem Nachgeben in der Entschädigungsfrage abhängig gemacht wurde." (Gottesmann, 2000). (eigene Übersetzung, M.M.).

8.2. Vertriebene

Diese Aussage Bartoszewskis ist zugleich eine Absage an jede Form von Geschichtspolitik und damit ein wichtiger Schritt in Richtung Versachlichung der Beziehungen, die weit über das hinausgeht, was bisher von deutscher Seite vorgebracht wurde. Allerdings läßt Bartoszewski hier außer acht, daß zum Kriegskapitel der gemeinsamen Geschichte (zumindest nach deutscher Lesart) auch die nach wie vor ungelöste Vertriebenenproblematik gehört, die in der Vergangenheit immer wieder das deutsch-polnische Verhältnis belastete. Die Aufregung um die Bundestagsresolution von Mai 1998 bewies die ungebrochene politische Relevanz dieses Themas, auch wenn es offiziell aus Sicht der polnischen Regierung als abgeschlossen gilt. Rückerstattungsforderungen von Vertriebenen könnten den Erweiterungsprozeß belasten. In Polen sind nicht nur die Eigentumsverhältnisse ungeklärt, da eine Privatisierung von Grund und Boden bisher ausgeblieben ist, man fürchtet vor allem auch Klagen vor europäischen Gerichten. Wie zuvor die Regierung von Helmut Kohl, so sieht auch die Regierung Schröder hier keinen Handlungsbedarf, da es sich um privatrechtliche Ansprüche Einzelner handelt. Da die rot-grüne Regierung jedoch keine besonderen Rücksichtnahmen auf eine Wählerklientel von Vertriebenen nehmen muß, konnte sie eine eindeutigere Position gegenüber den Vertriebenenforderungen einnehmen und damit polnische Zweifel an der deutschen Position auszuräumen.

Auf dem "Tag der Heimat" des Bundes der Vertriebenen am 3. September 2000 wies Bundeskanzler Schröder noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß Deutschland keine Gebietsansprüche gegen seine Nachbarländer habe. Forderungen nach einer Verknüpfung privatrechtlicher Entschädigungsforderungen der Vertriebenen mit dem EU-Erweiterungsprozeß, die noch zwei Jahre zuvor zum sogenannten „Papierkrieg“ geführt hatten, erklärte er eine klare Absage: „Die Bundesregierung wird die Beziehungen mit diesen Staaten nicht mit politischen und rechtlichen Fragen belasten, die aus der Vergangenheit herrühren.“ (Schröder, 2000). In der Sache unterscheidet sich diese Haltung nicht von der der Vorgängerregierung, neu ist jedoch die Eindeutigkeit mit der anderslautende Forderungen zurückgewiesen wurden. Po-

sitiv zu bewerten ist außerdem, daß der Bundeskanzler in seiner Ansprache vom 3. September 2000 dem BdV-Projekt zur Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibung“ bereits frühzeitig die Unterstützung verweigert wurde, indem er auf die Vielzahl bereits bestehender dezentraler Einrichtungen und das Ziel einer Mittelstraffung verwies. In der vorgesehenen Konzeption, wäre ein solches Zentrum zu einer dauerhaften Belastung für die Beziehungen mit den östlichen Nachbarstaaten geworden.¹⁵ Die klare Position der Bundesregierung gegenüber den Vertriebenen kann dazu beitragen, latentes Mißtrauen in Polen abzubauen. Damit werden populistischen Kräften, die im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung vor einem verkappten deutschen Revisionismus warnen, die Argumente genommen. Allerdings hat auch die Regierung Schröder keine grundsätzliche Wende in der Vertriebenenpolitik vollzogen. Auch sie folgt der offiziellen Position aller bisherigen Bundesregierungen, wonach Vermögensansprüche Dritter nicht thematisiert würden.¹⁶ Zwar sind sich Berlin und Warschau einig, daß eine Rückerstattung von Vertriebeneneigentum weder machbar noch wünschenswert ist, doch sollte rund zehn Jahre nach Abschluß des Nachbarschaftsvertrages hier nach einer endgültigen Lösung gesucht werden. Denkbar wäre z.B. die schrittweise Umleitung der Vertriebenenförderung in eine Stiftung (jedoch

¹⁵ Das Konzept des "Zentrums gegen Vertreibungen. Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen Berlin" (hrsg. v. BdV Bonn) sieht eine "zentrale Informations-, Dokumentations-, Archiv- und Begegnungsstätte" vor. Rechtsform wäre eine Stiftung, deren Kapital in Höhe von 150 Millionen von den Bundesländern aufgebracht werden soll. Bedenken bezüglich der Ausgewogenheit der Konzeption hatte vor allem die Argumentation der BdV-Vorsitzenden Steinbach hervorgerufen, das Zentrum solle "in geschichtlicher und räumlicher Nähe" zum Berliner Holocaust-Mahnmal errichtet werden. "Im Grunde genommen ergänzen sich die Themen Juden und Vertriebene miteinander. Dieser entmenschte Rassenwahn hier wie dort, der soll auch Thema in unserem Zentrum sein.", zitiert in: Vertriebene für Gedenkstätte neben Holocaust-Mahnmal, *Leipziger Volkszeitung*, 29.05.2000.

Wojciech Pięciak, der Deutschlandexperte der Krakauer Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny*, warnte vor den Auswirkungen der implizierten Geschichtsinterpretation des Zentrums: "Sollte die Gestaltung des 'Zentrums gegen Vertreibungen' eine Geschichtsauffassung widerspiegeln, wie sie von Erika Steinbach vertreten wird – und derzeit deutet vieles darauf hin – könnte dies die deutsch-polnische Geschichtsdiskussion um viele Jahre zurückwerfen und die sowieso nicht allerbesten Beziehungen Deutschlands zu Polen und Tschechien verschlechtern. Aus Aussagen von Steinbach folgt, daß die Konzeption des Zentrums (insbesondere aber des Museums) auf einer Vergangenheitsinterpretation beruht, die gebietet, in öffentlichen Diskussionen über Polen und Tschechien von 'Vertreiberstaaten' zu sprechen. Das ist genau so wie wenn irgendein polnischer Politiker (Frau Steinbach ist Mitglied des CDU-Vorstandes) anstelle von 'Deutschland' von einem 'Verbrecherstaat' sprechen würde." Das ist ein sprachlicher, aber bedeutsamer Unterschied." (Pięciak, 2000). (eigene Übersetzung, M.M.)

¹⁶ In einem Briefwechsel im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages von 1991 erklärten die beiden Außenminister, der Vertrag befaße sich "nicht mit Fragen der Staatsangehörigkeit und nicht mit Vermögensfragen", womit unausgesprochen

keinesfalls unter der Ägide des BdV!), welche die Erinnerung an die deutsche Geschichte im Osten, Maßnahmen zum Erhalt Kulturdenkmälern, wissenschaftliche Projekte oder Begegnungen fördern könnte. An solch einer Institution könnte sich dann auch die polnische Seite personell (in einem Kuratorium) und materiell (in symbolischer Höhe) beteiligen. Allerdings deutet derzeit wenig darauf hin, daß sich die polnische Seite auf eine wie auch immer gestaltete Regelung einlassen würde. Aus nachvollziehbaren Gründen möchte man den Eindruck vermeiden, Rückerstattungsansprüche anzuerkennen und damit eine Klagewelle hervorzurufen. Polen müßte zuvor Rechtssicherheit erhalten.

8.3. EU-Osterweiterung

Weder die Entschädigung von Zwangsarbeitern noch die Vertriebenenproblematik sind Schlüsselfragen der deutsch-polnischen Beziehungen. Beide Fragen sind in erster Linie wegen ihrer Instrumentalisierungsfähigkeit politisch relevant, aber nicht aufgrund ihrer wirklichen Bedeutung für die Zukunft der Beziehungen. Erst recht gilt dies für die Frage der Rückgabe von Kulturgütern. Solange sich die Medien dieses Themas nicht bemächtigen, um damit latente Ressentiments anzusprechen, interessiert sich wohl niemand in Polen dafür, ob die alten deutschen Handschriften aus der Berliner Preußischen Bibliothek, der in Polen sogenannten "Berlinka", von ihrem derzeitigen Aufbewahrungsort in Krakau an ihren ursprünglichen Platz in Berlin zurückkehren. Umgekehrt sollte die deutsche Seite sensibel genug sein, die Krakauer Bestände, die nicht durch Raub in polnischen Besitz gekommen sind sondern durch Auslagerung während des Krieges, nicht in einem Zusammenhang mit der Beutekunst in russischen Museen zu bringen. Die Problematik gehört eigentlich nicht auf die diplomatische Ebene und statt dessen sollten Experten nach einer einvernehmlichen Kompromißlösung suchen (Schmidtendorf, 1999; Traba, 1999).

Die zentrale Frage der deutsch-polnischen Beziehungen ist die Osterweiterung der EU und die Gestaltung der Kooperation nach dem Beitritt Polens.

Anfängliche Bedenken, die neue Bundesregierung könne einen anderen Kurs in der Europapolitik einschlagen, der den Beitrittsprozeß verlangsamt, haben sich nicht bestätigt. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat entscheidend dazu beigetragen, die Agenda 2000 durchzusetzen, nicht zuletzt auch unter Kritik von Seiten der Opposition.

Lange Jahre war Polen darauf bedacht, sich nicht an der Diskussion über die inneren Reformen der EU zu beteiligen, da es eine Schwächung seiner Kandidatenposition befürchten mußte. Solange die Erweiterung nicht vollzogen ist, wollte und will man das Nachdenken über eine Weiterentwicklung der EU möglichst begrenzen, da man die Hürde für den Beitritt nicht weiter erhöhen möchte. Insofern fielen die polnischen Reaktionen auf die Vorstellungen von Außenminister Joschka Fischer äußerst reserviert aus (Stasik, 2000).¹⁷ Fischer hatte in einer Rede am 12. Mai 2000 seine Vorstellungen über die sogenannte "Finalität Europas", d.h. über die Zielvorstellungen der Europäischen Integration dargelegt (Fischer, 2000). Um die Funktionsfähigkeit einer erweiterten Union zu gewährleisten, müsse sich die EU vom Staatenbund zu einer "vollen Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation" umgestalten. Diese solle jedoch nicht die bestehenden Nationalstaaten ablösen, sondern nach dem Subsidiaritätsprinzip funktionieren. "Nur wenn die europäische Integration die Nationalstaaten in eine solche Föderation mitnimmt, wenn deren Institutionen nicht entwertet oder gar verschwinden werden, wird ein solches Projekt trotz aller gewaltigen Schwierigkeiten machbar sein." Trotz dieser unmißverständlichen Formulierungen wurde Fischer in Polen fehlinterpretiert. Zum Beispiel erwiderte der damalige Außenminister Bronisław Geremek, Fischers Vorschlag einer Föderation entspreche nicht dem Denken der Beitrittskandidaten, die schließlich gerade erst ihre Souveränität wiedererlangt hätten. Er glaube nicht, "daß man den

¹⁷ Die Brüsseler Korrespondentin der Tageszeitung *Życie*, Katarzyna van Kraainem, geht hart mit den polnischen Kritikern Fischers ins Gericht: "In der wichtigsten Debatte über die Gestalt des künftigen erweiterten Europas, die von Berlin und Paris begonnen wurde, hat Warschau nichts zu sagen. Das ist so, weil der polnischen politischen Elite in letzter Zeit der Mut fehlt. [...] Kein einziger polnischer Politiker hat den Chef der deutschen Diplomatie, Joschka Fischer, in Schutz genommen. Der Tonfall der Äußerungen polnischer Politiker war durchgehend kritisch: dies sei der nächste, egoistische Vorschlag einer Teilung in ein reiches und ein armes, ein rasch und ein langsam sich entwickelndes Europa. [...] Notwendig ist nun eine aktive Politik von Warschauer Seite. Bisher konzentriert sich das Tun unserer Diplomatie obsessiv auf das Problem des Beitrittsdatums. Es fehlt jedoch an Visionen und einem weiteren Horizont." (van Kraainem 2000). (eigene Übersetzung, M.M.)

Nationalstaat mit einem Federstrich abschaffen könne" (was Fischer überhaupt nicht gefordert hatte!) (Rzeczpospolita, Zaproszenie do dyskusji, 17.5.2000). Ähnlich kritisch äußerte sich auch sein Nachfolger Władysław Bartoszewski: Fischers Ideen berücksichtigten nicht "die besonderen Ansichten und Empfindlichkeiten unterschiedlicher Völker." Man könne den Polen, die lange Zeit nicht in einem souveränen Staat lebten, nun nicht sagen, sie sollten in einem föderativen Staat Europa leben (Bartoszewski, 2000 a). Insbesondere Fischers Vorschlag unterschiedlicher Integrationsgeschwindigkeiten innerhalb der EU wurde in Polen als Versuch aufgenommen, durch die Bildung einer exklusiven Staatenelite innerhalb der EU die ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten von den Entscheidungen über die künftige Entwicklung der europäischen Integration auszuschließen (Rzeczpospolita, Europa dla wybranych, 15.5.2000). Widersprüchlich äußerte sich Außenminister Bartoszewski zu Fischers Vorschlag der Bildung eines "Gravitationszentrums" von stärker integrierten Staaten innerhalb der EU. Der *Süddeutschen Zeitung* gegenüber erklärte er, ein Kerneuropa von Polen, Deutschland und Frankreich, drei Staaten mit ähnlicher europäischer Tradition, sei "nur natürlich" (Bartoszewski, 2000 b). Bei anderer Gelegenheit ließ er jedoch grundsätzliche Bedenken gegen eine solche Differenzierung durchblicken. "Die Staaten außerhalb der 'Avantgarde' könnten einen – tatsächlichen oder scheinbaren – Verlust des Vollmitgliedsstatus befürchten. Wie das im öffentlichen Leben nun einmal ist, kann die Perzeption wichtiger als die Fakten sein." Polen wolle niemandem die engere Zusammenarbeit verwehren, allerdings müsse der Kreis der 'Avantgarde' immer offen bleiben und dürfe der Mechanismus nicht dazu dienen, neue Mitgliedsstaaten aus manchen Bereichen der Gemeinschaftspolitik auszuschließen (Bartoszewski, 2000).

Die polnische Zurückhaltung gegenüber Fischers Vorschlägen entsprang vor allem dem Wunsch, die Regierungskonferenz von Dezember 2000 und die dort anstehenden konkreten Entscheidungen im Beitrittsprozeß nicht mit einer zusätzlichen Diskussion über Fernziele aus der Bahn zu bringen (Bartoszewski, 2000). Dennoch bedeutet die von Fischer angestoßene Diskussion über die sogenannte Finalität der europäischen Integration insofern einen Fortschritt, als daß nicht mehr ausschließlich Negativvisionen einer nicht

mehr funktionsfähigen Gemeinschaft aufgestellt wurden, sondern erstmals über den Erweiterungstermin hinausgedacht wurde. Wichtig, daß sich auch Polen an dieser Diskussion beteiligt, wenn auch an den ersten Stellungnahmen eher Differenzen als Gemeinsamkeiten mit dem deutschen Standpunkt sichtbar werden sind. Dennoch zeigt die Diskussion, daß Polen auch von den anderen EU-Mitgliedsstaaten als künftiges Mitglied ernst genommen wird – sei es auch möglicherweise als Bundesgenosse gegen die deutsche Konzeption einer vertieften und abgestuften Integration innerhalb der EU. Polen erhielt somit die Möglichkeit, sich aus der Rolle des Klienten gegenüber seinem deutschen Anwalt zu emanzipieren und zum ernstgenommenen Partner zu avancieren.

9. Bilanz

Insgesamt gesehen, können die neunziger Jahre der deutsch-polnischen Beziehungen als Erfolg gesehen werden. Nachdem die deutsch-polnischen Beziehungen bis 1989 Bestandteil des Ost-West-Konfliktes waren, ist es innerhalb nur eines Jahrzehntes gelungen, die Beziehungen völlig neu zu definieren. Beide Staaten haben ihre wesentlichen außenpolitischen Ziele erreicht: Die Teilung Deutschlands wurde überwunden, ohne die europäische Integration zurückzuwerfen. Polen ist – mit Unterstützung Deutschlands – Mitglied der NATO geworden und auch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist nur noch eine Frage von wenigen Jahren. Obwohl Stereotype immer noch wirksam sind, kann die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen als erreicht betrachtet werden. Mit dem allmählichen Rückgang der ökonomischen Asymmetrie werden sich auch die Sympathiewerte in den Umfragen verbessern und die zwischenmenschlichen Kontakte verdichten. Das Bewußtsein gemeinsamer Interessen wird mit der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung beider Länder zunehmen.

Trotz dieser positiven Gesamteinschätzung blieb die vielbeschworene deutsch-polnische Interessengemeinschaft in den neunziger Jahren eine Fiktion, wenn man darunter mehr versteht, als eine bloße Übereinstimmung in der Grundrichtung. Der Mangel an gemeinsamen Initiativen ist nicht zu ü-

bersehen, was in erster Linie auf die ungünstige Konstellation einer starken Asymmetrie in der politischen und ökonomischen Bedeutung Deutschlands und Polens zurückzuführen ist. Bestehende Initiativen wie z.B. das "Weimarer Dreieck", spiegeln diese Konstellation wieder.

Spätestens in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre begannen die Beziehungen zu "verkitschen" und eine Konzeptionslosigkeit in den Beziehungen deutlich zu werden. Insbesondere in der Europapolitik beschränkte sich die deutsch-polnische Interessengemeinschaft in erster Linie auf ein patriarchalisches Anwaltsverhältnis, weswegen Polen Deutschland gegenüber eine passive, gleichzeitig abwartende und fordernde Rolle annahm.

Mit Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen wurden zunehmend unterschiedliche Interessen sichtbar. Beide Seiten hatten keine Mechanismen geschaffen, Meinungsunterschiede offen und sachlich auszutragen, wie während des sogenannten "Papierkrieges" von 1998 deutlich wurde. Die Ernüchterung über den langwierigen EU-Erweiterungsprozeß belastet die bilateralen Beziehungen. Aus dem deutschen "Anwalt" ist in der polnischen Wahrnehmung der deutsche "Verzögerer" geworden. Aus dem polnischen Musterschüler ist in deutscher Wahrnehmung ein Sorgenkind geworden.

Der Kontrast zwischen dieser Wahrnehmung und der offiziellen Formel der Interessengemeinschaft und Partnerschaft machte (weniger in den Inhalten, als in der Art des Umgangs) einen Paradigmenwechsel immer notwendiger. Gleichzeitig gab es Befürchtungen, die Abkehr von der Formel der neunziger Jahre, wonach Deutschland eine historisch bedingte Sonderverantwortung für Polen habe, führe zu einem Bedeutungsverlust Polens in der deutschen Politik. Diese Befürchtungen haben sich mit dem Regierungswechsel in Deutschland nicht erfüllt. Im Gegenteil gelang es der rot-grünen Koalition in relativ kurzer Zeit, emotional belastete, historisch bedingte Themen, wie die Vertriebenenproblematik oder die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, zu entschärfen und damit die Beziehungen auf eine rationalere Grundlage zu stellen.

Die eigentliche Herausforderung an die deutsch-polnische Interessengemeinschaft ist die europäische Integration, die sich über den bloßen Beitrittstermin hinaus bewähren muß. Gerade hier bietet die Diskussion über die sogenannte "Finalität", also den angestrebten Endzustand des Integrationsprozesses, eine Chance zur Wiederbelebung der Interessengemeinschaft. Obwohl Polen sich noch sehr zurückhaltend an dieser Diskussion beteiligt und zunächst einmal Unterschiede zur deutschen Position deutlich wurden, wird es doch zunehmend von Deutschland als ernstzunehmender Partner (und Konkurrent) wahrgenommen. Aus dem Verhältnis Klient-Anwalt könnte eine Partnerschaft und daraus eine Interessengemeinschaft werden.

10. Literatur

Ahlefeld, Johannes (1999); Wiedergutmachung: Bundeskanzler Schröders Initiative zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, in: Dialog 13/1999, S. 20-21.

Ash, Timothy Garton (1993); Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München, Wien.

Bachmann, Klaus (1994); Versöhnungskitsch zwischen Deutschen und Polen, in: Die Tageszeitung, 5.8.1994, abgedruckt in: Transodra. Deutsch-polnisches Informationsbulletin 8/9, Herbst 1994, S. 42-43.

Bachmann, Klaus (1995); Entschuldigen für die Vertreibung?, in: Rzeczpospolita 22./23.7.1995, in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Bachmann, Klaus; Kranz, Jerzy (Hrsg.), Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen, Bonn 1998, S. 147-153.

Bachmann, Klaus (2000); Krajobraz po odszkodowaniach, Rzeczpospolita, 28.04.2000

Bachmann, Klaus (2000 a); Von der Euphorie zum Mißtrauen. Deutsch-polnische Beziehungen nach der Wende, in: Osteuropa 8/2000, S. 853-871.

Bartoszewski, Władysław (1995); Ansprache des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen, Władysław Bartoszewski, in der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag am 28. April 1995. in: Erinnerung heißt Mahnung für die Zukunft. Ansprachen und Erklärungen zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsendes, hrsg. v. Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Reihe Berichte und Dokumentationen, S. 39-67.

Bartoszewski, Władysław (2000); Wystąpienie ministra Władysława Bartoszewskiego (2000) w Centre For European Policy Studies w Brukseli, 25.7.2000, in: Gazeta Wyborcza, 26.7.2000.

Bartoszewski, Władysław (2000 a); "Der Volksentscheid wäre nur ein Vorwand", Interview mit Władysław Bartoszewski, Süddeutsche Zeitung, 8.9.2000.

Bartoszewski, Władysław (2000 b); Angst vor der Großmacht? Deutschland und Polen nach dem Umbruch, in: Internationale Politik 9/2000, S. 9-14.

Bingen, Dieter (1997); die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen seit 1991 (Bericht des BIOst 52-1997), Köln.

Bingen, Dieter (1998); Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991, Baden-Baden.

Borodziej, Włodzimierz (1997); Polen und Deutschland seit 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 53/97, 26.12.1997, S. 11-20.

Borodziej, Włodzimierz ; Hajnicz, Artur (Hrsg.) (1998); Komplex wypędzenia, Kraków.

Briefwechsel (1991); Briefwechsel des Bundesministers des Auswärtigen und des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen, (Ludwig 1991: 298f, Dokument 73)

Brössler, Daniel (2000); Die Versöhnungsfalle, Süddeutsche Zeitung, 29.4.2000.

CBOS (1996); Umfrage von Mai 1996; Problem "wypędzenia" w świadomości Polaków, in: Borodziej, Hajnicz (1998), S. 451.

CBOS (1998); Umfrage von 3.-8.12.1998; Czy zmiana rządu w Niemczech wpłynie na stosunki polsko-niemieckie?, in: www.cbos.pl.

CBOS (1999); Umfrage von Juni 1999, BS/100/99; Polacy o możliwości pojednania z Niemcami i Ukrainą, in: www.cbos.pl.

Cichocki, Marek (1999); Niemcy odwracali się od Polski, in: Życie, 28.1.1999.

DIW (2000); Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten, Wochenbericht 21/2000.

Dowe, Dieter (Hrsg.); Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989, Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14.-15.9.1993 in Bonn (Gesprächskreis Geschichte, Heft 4, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung).

Fischer, Joschka (2000); Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Joschka Fischer, "Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration", am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität in Berlin, in: Internationale Politik 8/2000, S. 100-108.

Fischer, Joschka (2000 a); Fischer regt Volksabstimmungen zu Europa an, Interview mit dem Bundesaußenminister, Süddeutsche Zeitung 9.9.2000..

Freudenstein, Roland; Tewes, Henning (2000); Stimmungstief zwischen Deutschland und Polen. Für eine Rückkehr zur Interessengemeinschaft, in: Internationale Politik 2/2000, S. 49-56.

Freudenstein, Roland, Tewes, Henning (2000 a); In die Zukunft investieren. Strategie für einen Neubeginn in der deutsch-polnischen Partnerschaft (Zukunftsforum Politik der KAS, Nr. 7), S.6.

Garsztecki, Stefan (1997); Das Deutschlandbild in der offiziellen, der katholischen und der oppositionellen Publizistik Polens 1970-1989. Feindbild kontra Annäherung, Marburg.

Garsztecki, Stefan (1999); Die polnische politische Kultur – Kontinuität und Wandel, in: Zdzisław Krasnodębski/Klaus Städtke/Stefan Garsztecki (Hrsg.), Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen, Hamburg, S. 131-168.

Glaza, Edmund (1999); Zadrekretowane pojednanie, Nasz Dziennik 30.11.1999.

Gottesmann, Krzysztof (2000); Łagodne zadowolenie, Rzeczpospolita, 18.07.2000.

Grala, Hieronim (2000); Das Treffen von Gnesen im Jahre 1000. Über die deutsch-polnischen Schwierigkeiten mit der gemeinsamen Vergangenheit, in: Dialog 1/2000, S. 57-59.

Hajnicz, Artur (1995); Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989-1992, Paderborn, München, Wien, Zürich.

Herzog, Roman (1994); Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich des Gedenkens an den 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes am 1. August 1994 in Warschau, hrsg. von der Botschaft der Republik Polen.

Homeyer, Josef (1993); 25 Jahre nach der Versöhnungsbotschaft: Wirkliche Verständigung, in: Pflüger, Friedbert; Lipscher, Winfried (Hrsg.), Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft, Bonn, S. 245-258.

Jackowski, Jan Maria (1999); Drang nach Osten?, Nasz Dziennik, 30.08.1999.

Jacobsen, Hans-Adolf (1976); Fünf Jahre Warschauer Vertrag. Versuch einer Bilanz der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen 1970-1975.

Kerski, Basil (1995); Polska - Niemcy. Po dniu zwycięstwa, in: Kultura, 7-8/1995, abgedruckt in: Ders. Otwarta Brama. Niemcy między zjednoczeniem a końcem stulecia. Szkice i rozmowy, Olsztyn 1999, 77-87.

Kerski, Basil (1999); Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990, Publikation des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (Nr. P 99-301), Januar 1999.

Kohl, Helmut; Mazowiecki, Tadeusz (1989); Gemeinsame Erklärung, unterzeichnet vom Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, und vom Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen, Tadeusz Mazowiecki, am 14.11.1989 in Warschau, in: Ludwig (1991: 177ff, Dokument 19).

Kołacki, Jerzy (1992); Die Tätigkeit der Vertriebenen aus polnischer Sicht - Historiographische Erwägungen, in: Dahm, Christof (Hrsg.), Verständigung der deutschen Vertriebenen mit den östlichen Nachbarn: Vergangenheit und Zukunft, Bonn, S. 83-96.

Kolarska-Bobińska, Lena (Hrsg.) (1999); Polska Eurodebata, Warszawa.

Krasowski, Robert (1999); Co się stało 1 września?, Życie, 4.9.1999.

Kubiak, Jacek (1993); Poglądy opozycji demokratycznej na Niemcy, in: Wolff-Powęska (1993), S. 395-407.

Kraainem, Katarzyna van(2000); Potrzeba nam odwagi, in: Życie, 17.5.2000.

Kuczyńska, Teresa (1999); Pojednanie sponsorowane, Życie, 6.10.1999.

Kwaśniewski, Aleksander (1999); Wystąpienie Prezydenta RP Aleksandra Kwaśniewskiego, Gedenkfeierlichkeiten auf der Westerplatte am 1. September 1999, siehe: www.prezydent.pl

Lesser, Gabriele (2000); Verrat an Europa, Die Tageszeitung, 27.4.2000

Ludwig, Michael (1991); Polen und die deutsche Frage. Mit einer Dokumentation zum deutsch-polnischen Vertrag vom 17. Juni 1991, Bonn.

Ludwig, Michael (1999); Das alte Geschichtsbild sitzt noch tief. Deutsch-polnisches Verhältnis ist schwierig, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.9.1999.

Ludwig, Michael (2000); Mehr Engagement erwünscht, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.4.2000.

Malinowski, Krzysztof (1997); Polityka Republiki Federalnej Niemiec wobec Polski w latach 1982-1991, Poznań.

Malinowski, Krzysztof (2000); Die Polenpolitik der rot-grünen Koalition. Eine vorläufige Bilanz, in: Welttrends 26/2000, S. 131-142.

Mildenberger, Markus (1999); Versöhnung als Fünfte Kolonne. Zu deutschlandkritischen Tendenzen in der polnischen Publizistik, Dialog 3-4/1999

Mildenberger, Markus (2000); Brücke oder Barriere? Die Rolle der Vertriebenen in den deutsch-polnischen Beziehungen, in: Deutschland-Archiv 3/2000, S. 416-424.

Mildenberger, Markus (2000 a); Die Transformation des politischen Systems Polens am Beispiel der Parteien, in: WeltTrends 27/2000, S. 25-40.

Ociepka, Beata (1999); Niemieccy wypędzeni. Wróg czy sprzymierzeniec?, Warszawa.

Pięciak, Wojciech (2000); Centrum niezgody?, in: Tygodnik Powszechny, nr 32/2000.

Podolski, Antonin (1999); Nie wybaczać za wczesnie, Życie, 26.8.1999.

Polska Niemcy (2000); Tysiąc lat sąsiedztwa. Książka wydana z okazji 1000 rocznicy Zjazdu Gnieźnieńskiego. / Polen - Deutschland, Tausend Jahre Nachbarschaft. Zur Jahrtausendfeier des Gnesener Treffens im Jahre 1000, Warszawa.

Prawda, Marek (2000); Odlóżmy mity dyżurne. W stosunkach polsko-niemieckich trzeba przejść od pojednania do partnerstwa, Gazeta Wyborcza, 17.05.2000.

Protokoll (1999); Protokoll der Sejm-Sitzung zum Verhandlungsstand in der Zwangsarbeiterfrage vom 4.11.1999.

Quaisser, Wolfgang; Hartmann, Monika; Hönekopp, Elmar; Brandmeier, Michael (2000); Die Osterweiterung der Europäischen Union: Konsequenzen für Wohlstand und Beschäftigung in Europa. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2000.

Rak, Krzysztof (2000); W poszukiwaniu straconych szans, in: Życie, 26.4.2000.

Rak, Krzysztof (2000 a); Więcej realizmu. Wali się mit o polsko-niemieckim partnerstwie, Życie, 11.7.2000.

Rak, Krzysztof (2000 b); Strusia polityka, Życie, 9.11.2000.

Rau, Johannes (1999); Ansprache von Bundespräsident Johannes Rau anlässlich der Gedenkfeiern auf der Westerplatte am 1. September 1999, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 53/S. 557, Bonn, 10.9.1999.

Reiter, Janusz (2000), "Vorschlag ist moralisch falsch", Interview mit Janusz Reiter, Süddeutsche Zeitung, 5.9.2000.

Royen, Christoph (1999); Partnerstwo niemiecko-polskie - nowi aktorzy, nowe zadania, in: Polska w Europie, 29/1999, S. 14-24.

Schmidtendorf, Hermann (1999); Kulturgüter: Annäherung in kleinen Schritten?, in: Dialog 13/1999, S. 104-106.

Schmidt-Häuer, Christian (2000); Tiger mit halb vollem Tank, in: Die Zeit, Nr. 16, 13.04.2000

Schröder, Gerhard (2000); Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des 50. Jahrestages der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am Tag der Heimat am Sonntag, 3. September 2000, in Berlin, hrsg. v. Bundespresseamt.

Sejm (1998), Oświadczenie w sprawie rezolucji Bundestagu "Wypędzeni, przesiedleńcy i mniejszości niemieckie są pomostem między Niemcami i ich wschodnimi sąsiadami" z dnia 29 maja 1998 r. siehe: www.ks.sejm.gov.pl.

Skubiszewski, Krzysztof (1990); Rede des polnischen Außenministers, Krzysztof Skubiszewski, auf dem IV. Deutsch-Polnischen Forum in Posen am 22.2.1990, in: Ludwig (1991: 206ff, Dokument 33).

Spiegel (2000); Offen für den Osten, Der Spiegel, Nr. 37, 11.9.2000.

Stasik, Elżbieta (2000); Wieviel Avantgarde braucht Europa?, in: Dialog 1/2000, 29-30.

Steinbach, Erika (1998); "Die Verbrechen heilen...". Neue Vorsitzende der Vertriebenen mahnt: Menschenrechte gelten auch für Deutsche, Interview mit Erika Steinbach, in: Hamburger Abendblatt, 29.5.1998.

Świątek, Andrzej (Hrsg.) (2000); Die Osterweiterung der Europäischen Union. Konsequenzen für Wohlstand und Beschäftigung in Europa. Stellungnahme zum Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung, Warszawa 2000.

Stoiber, Edmund (2000); "Europa gibt es nicht umsonst", Interview mit dem bayrischen Ministerpräsidenten, Süddeutsche Zeitung, 16. September 2000.

Stolarczyk, Mieczysław (1998); Wokół formuły: "polsko-niemiecka wspólnota interesów", in: Przegląd Zachodni 1/1998, S. 51-72.

Stroba, Jerzy (1993); 25. Jahrestag des Briefwechsels der polnischen und deutschen Bischöfe, in: Pflüger, Friedbert; Lipscher, Winfried (Hrsg.), Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft, Bonn, S. 259-264.

Traba, Robert (1999); Rückgabe? Ein Kommentar zur Frage der Kulturgüter, Dialog 13/1999, S. 108.

Tycner, Janusz (2000); An Gnesen genesen, Der Tagesspiegel, 11.3.2000.

Verheugen, Günter (2000); Das Volk soll über die EU-Erweiterung entscheiden. Interview mit Günter Verheugen, Süddeutsche Zeitung, 2.9.2000.

Vertrag (1991); Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991, in: Ludwig (1991: 278ff, Dokument 72).

Vertriebene (1998); "Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheit sind eine Brücke zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn", Deutscher Bundestag, Drucksache 13/10845, 27. Mai 1998.

Wilkin, Jerzy (1998); Agriculture and Rural Areas, in: Accession or Integration? Poland's Road to the European Union, EU-monitoring II, hrsg. von der Friedrich Ebert Stiftung Warschau, S. 65-96.

Wippermann, Wolfgang (1991); Der 'Deutsche Drang nach Osten'. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Darmstadt.

Wolff-Powęska, Anna (Hrsg.) (1993); Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski 1945-1989, Poznań.

Wolff-Powęska, Anna (1993 a); Poszukiwanie dróg dialogu. Świeckie elity katolickie wobec Niemiec, in: Dies. (1993), S. 365-394.

Wóycicki, Kazimierz (1995); Der verlorene Osten. Über den Balken, das Auge und den deutsch-polnischen Vertriebenendialog, Polityka, 17. Juni 1995. In deutscher Übersetzung abgedruckt in: Bachmann, Klaus; Kranz, Jerzy (Hrsg.), Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen, Bonn 1998, S. 140-146.

Wóycicki, Kazimierz (1996); Zur Besonderheit der deutsch-polnischen Beziehungen. Sollen Polen und Deutsche zur "Normalität" zurückkehren?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 28/96, 5. Juli 1996, S. 14-20.

Wspólnota (1999); Wspólnota sprzecznych interesów? Polska i Niemcy w procesie rozszerzania Unii Europejskiej na Wschód, hrsg. v. Centrum Stosunków Międzynarodowych, Warszawa 1999.

Zur Person

Markus Mildenberger

Geb. 1968; M.A.; Studium der Osteuropäischen Geschichte, der Mittleren und Neueren Geschichte und der Germanistik an den Universitäten Köln und Posen. Seit 1996 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Verantwortlich für die von der Robert Bosch Stiftung und der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung geförderte Arbeitstelle Ostmitteleuropa. Außerdem deutscher Sekretär des Lenkungsausschusses des Deutsch-Polnischen Forums und wissenschaftlicher Referent des Gesprächskreises "Polen/deutsch-polnische Beziehungen" der DGAP. Veröffentlichungen zu Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen, EU-Osterweiterung, Vertriebene und zur polnischen Innenpolitik.